



PROTOKOLL NR. 438

der Sitzung des Einwohnerrates vom

Dienstag, 4. Juli 2017, 14.00 Uhr,

im Betagtenzentrum Emmenfeld

Anwesend sind: 39 Ratsmitglieder
 5 Mitglieder des Gemeinderates

 ferner:
 Patrick Vogel, Gemeindeschreiber

Entschuldigt: Pascal Müri

Vorsitz: Roland Ottiger, Einwohnerratspräsident

Protokoll: Jasmin Scherrer, Verwaltungsangestellte

Traktanden

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitglieds
2. Eingänge
3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bau- und Verkehrskommission für den Rest der Amtsdauer 2016 - 2020 (17/17)
4. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 24. Mai 2017 betreffend Langfristige Investitionsplanung 2018 - 2022 (14/17)
5. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Revision der Ortsplanung; Kredit CHF 1'371'000.00 (24/17)
6. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 24. Mai 2017 betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung von Emmen (22/17)
(1. Lesung)
7. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Rückbau des Betagtenzentrums Herdschwand (25/17)
8. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung akku Emmen (13/17)
9. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Kommunale Energieplanung Emmen - Sachplan zur räumlichen Koordination der Wärmeversorgung (23/17)
10. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 24. Mai 2017 betreffend Öffentliche Toilettenanlagen (Nette Toilette); Kredit CHF 32'500.00 (21/17)
11. Postulat Christian Meister, Benedikt Schneider, Marta Eschmann und Regula Stalder namens der CVP/JCVP Fraktion vom 22. März 2016 betreffend Konzept für Sicherheit auf Emmens Fussgängerstreifen (17/16)
Antrag Gemeinderat: Teilweise Entgegennahme
12. Postulat Reto Bieri namens der SVP Fraktion vom 11. Dezember 2015 betreffend "Status Quo Mooshüsli" (42/15)
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme und Abschreibung
13. Wahlen für das Amtsjahr 2017/2018 (1.9. - 31.8.) (16/17)
 - a) Wahl der Ratspräsidentin
 - b) Wahl der übrigen Mitglieder des Büros und deren Stellvertreter

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Meine Damen und Herren Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte,
Herr Gemeindepräsident, Frau Gemeinderätin und Herren Gemeinderäte,
geschätzte Besucherinnen und Besucher,
geschätzte Medienvertreter,

erlauben Sie mir zum Anfang ein Paar persönliche Worte. Meine persönliche Kurzinterpretation von politisieren heisst "Reden miteinander". Das Wort ist unsere Waffe. Und diese Klinge gut zu führen, gelingt uns nicht immer. Es kann schon mal vorkommen, dass unseren Zuhörern dabei etwas schläfrig werden. Mir ist es schon das eine oder andere Mal passiert, dass ich in einem Votum zünftig danebengehauen habe. Es ist ein grosses Bestreben von uns allen Wortwitz und Spannung in unsere Voten zu legen um die Aufmerksamkeit unserer Zuhörer zu erlangen um dann mit starken Argumenten abschliessen zu können. Wunsch und Wirklichkeit klaffen da manchmal weit auseinander. Es gibt aber Künstler, die sind wirkliche Wortakrobaten. So einen Wortakrobaten, neudeutsch Slam-Poet genannt, habe ich kürzlich für mich entdeckt und erlaube mir, Ihnen einen Teil eines Gedichtes von Sebastian Rebsahl vorzutragen. Ich hoffe damit dem einen oder anderen eine Freude zu machen oder gar ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern.

Das Gedicht heisst: Zeit für Lyrik von Sebastian Rebsahl

Bäume sind Büsche auf Balken

Schrauben sind Nägel mit Falten

Zugfahren ist fliessen auf Gleisen

Flüsse sind Meere auf Reisen

Träume sind Schlaf mit Ideen

Igel Kakteen die gehen

Fenster sind gläserne Mauern

Berge sind Wellen die dauern

Beine sind Arme zum Laufen

Mauern sind sehr gerade Haufen

Sekunden sind Stunden die rennen

Eier sind werdende Hennen

Schränke sind Häuser für Sachen

Weinen ist trauriges Lachen

Wolken sind Pfützen die fliegen

Z's sind N's wenn sie liegen

Weizen ist Gras mit Äre

Und schwimmen ist fliegen für schwere

Geniessen wir diese Wortakrobaten und bleiben selbst auf unserem Niveau, manchmal etwas trocken, aber immer versuchen ehrlich und fair zu bleiben. Und wenn jemand mal daneben haut nehmen Sie es nicht persönlich. Dahinter steckt ein Engagement für unsere Gemeinde und dieses kann auch mal überschwänglich sein – weil wir es gerne haben, unser Emmen. Wie bereits erwähnt, werden wir vor Beginn der Wahlen des ER-Büros eine kurze Pause machen. Sollten bis zu diesem Zeitpunkt nicht alle Traktanden bis Punkt 12 behandelt sein, werden wir diese auf die nächste ER-Sitzung verschieben. Nach Ende der Wahlen und somit der Sitzung verschieben wir uns individuell ins Gersag. Dort findet zuerst wie gewohnt das Apéro statt zu dem alle Emmerinnen und Emmer eingeladen sind. Um ca. 19.00 Uhr verschieben wir uns ins Restaurant Gersag für die Präsidentinnenfeier für geladene Gäste. Geniessen Sie das Restaurant Gersag, in wenigen Tagen wird es dieses so und mit diesem Namen nicht mehr geben. Wir beginnen mit den ordentlichen Traktanden. Ich vermute die Stimmzähler werden heute einiges zu tun haben und sind hoffentlich fit."

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt:

Herr Einwohnerrat Pascal Müri - Ferien

Herr Einwohnerrat Markus Schumacher wird uns in der Pause vor Traktandum 13 verlassen.

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitglieds

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Herr Einwohnerrat Rolf Schmid hat mit Schreiben vom 3. Mai 2017 um Entlassung als Mitglied des Einwohnerrates per 31. Mai 2017 ersucht. Der Gemeinderat hat mit Entscheid vom 10. Mai 2017 dem Entlassungsgesuch stattgegeben. Die Wiederbesetzung des Ratssitzes hat analog in Anwendung von Art. 55 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte durch den Gemeinderat Emmen zu erfolgen. Das austretende Mitglied gehörte der CVP Emmen an. Gemäss Wahlresultat vom 1. Mai 2016 ist Frau Franziska Magron, Unter-Kapf 12, 6020 Emmenbrücke, das nächste Ersatzmitglied der CVP Emmen, das berechtigt ist, Mitglied des Einwohnerrates zu werden. Frau Franziska Magron hat mit Schreiben vom 19. Mai 2017 erklärt, das Mandat als Einwohnerrätin von Emmen anzunehmen. Ich bitte nun Frau Magron nach vorne zu treten und zur Vereidigung bitte ich den Rat aufzustehen. Frau Magron, ich lese Ihnen nun die Gelübdeformel vor."

Gelübdeformel

'Ich gelobe, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten, die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.'

Nach der Lesung der Gelübdeformel legte Frau Franziska Magron den Amtseid ab, mit den Worten 'Dies alles gelobe ich'.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Frau Magron, ich gratuliere und wünsche Ihnen viel Freude und Erfüllung in Ihrem Amt."

2. Eingänge

Ratspräsident Roland Ottiger:

- a) Protokoll Nr. 437 der Sitzung vom 23. Mai 2017
- b) Gewährterklärung Franziska Magron vom 24. Mai 2017
- c) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung akku Emmen 13/17
- d) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Langfristige Investitionsplanung 2018 - 2022 14/17
- e) Wahlvorschläge für das Amtsjahr 2017/2018 für das Büro des Einwohnerrates 16/17
- f) Ersatzwahl eines Mitglieds der Bau- und Verkehrskommission für den Rest der Amtsdauer 2016 - 2020 17/17
- g) Postulat Patrick Graf und Mitunterzeichnende betreffend intelligente Strassenbeleuchtungen 18/17
- h) Postulat Patrick Graf und Mitunterzeichnende betreffend mehr gedeckte Veloabstellplätze in Emmen 19/17
- i) Postulat Marco Huwiler und Mitunterzeichnende betreffend bessere Ausnützung der Emmer Standortfaktoren durch überregionale Vernetzung 20/17
- j) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Öffentliche Toilettenanlagen (Nette Toilette); Kredit CHF 32'500.00 21/17
- k) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung von Emmen 22/17
- l) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Kommunale Energieplanung Emmen - Sachplan zur räumlichen Koordination der Wärmeversorgung 23/17
- m) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Revision der Ortsplanung; Kredit CHF 1'371'000.00 24/17
- n) Bericht und Antrag des Gemeinderates betreffend Rückbau des Betagtenzentrums Herdschwand 25/17
- o) Motion Mario Bucher namens der SVP Fraktion betreffend keine weitere Kaphaltestelle auf Emmer Gemeindegebiet 26/17

"Der Link zum Protokoll Nr. 437 vom 23. Mai 2017 wurde Ihnen am 22. Juni 2017 per Mail zugestellt. Zu diesem Protokoll sind keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt. Danke der Protokollführerin Jasmin Scherrer und ihrer Mitarbeiterin und Auszubildende, Sira Schürch."

3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bau- und Verkehrskommission für den Rest der Amtsdauer 2016 – 2020 (17/17)

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Herr Einwohnerrat Roland Bammert hat seinen Rücktritt als Mitglied des Einwohnerrates und somit auch aus der Bau - und Verkehrskommission per 31. Juli 2017 bekannt gegeben. Die FDP Fraktion hat als neues Mitglied der Bau - und Verkehrskommission nominiert:

- Martina Meury Müller FDP, welche vom Gemeinderat bereits als gewählt erklärt wurde und ihr Amt als Einwohnerrätin von Emmen am 1. August 2017 antreten wird.

Gibt es andere Nominationen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir führen die Wahl gemäss Art. 60 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Emmen offen durch."

Abstimmung

Frau Einwohnerrätin Martina Meury Müller wird als Mitglied der FDP in die Bau- und Verkehrskommission gewählt.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Ich gratuliere Frau Meury und wünsche ihr viel Befriedigung in diesem Amt."

4. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 24. Mai 2017 betreffend Langfristige Investitionsplanung 2018 – 2022 (14/17)

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Zu diesem Traktandum begrüsse ich Herr Benjamin Emmenegger von der Direktion Finanzen und Personelles. Für die Eintretensdebatte erteile ich das Wort an Herr Einwohnerrat Thomas Bühler, Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission."

Thomas Bühler:

"Die dem Budgetprozess vorgelagerte Beratung der geplanten Investitionen hat sich bewährt und wird von allen Fraktionen anerkannt und begrüsst. Da es sich um ein relativ neues Instrument handelt, wurden in der Vergangenheit auch immer wieder Anpassungen bei der Systematik oder der Transparenz vorgenommen. Erst im letzten Jahr haben wir einer grösseren Änderung des Berechnungsmodells zugestimmt, wonach die Höhe der künftigen Investitionen nicht mehr mit einer fixen Summe plafoniert wird, sondern die Investitionssumme vom Selbstfinanzierungsgrad abhängig ist und somit dem Wachstum und dem Potential der Gemeinde aber auch der Verschuldung entsprechend Rechnung trägt. Demnach sollen alle priorisierten Investitionen prospektiv, also zukünftig einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % und retrospektiv, vergangenheitsbezogen, mindestens 80 % betragen. So kommt es zu keiner weiteren Neuverschuldung – wobei dafür natürlich positive Rechnungsabschlüsse vorausgesetzt werden. Die vorliegende langfristige Investitionsplanung 2018 – 2022 basiert auf dieser überarbeiteten Methode vom letzten Jahr und sieht vor, in den kommenden fünf Jahren Investitionen von insgesamt CHF 41 Mio. zu tätigen, wobei die Investitionen aus Spezialfinanzierungen hier ausgerechnet wurden. Für die zwei Schulhauserweiterungen Erlen und Emmen Dorf sind mit CHF 9 Mio. bzw. CHF 7 Mio. die grössten Investitionen vorgesehen. Die Kommission hat zudem eine weitere Optimierung der diesjährigen Investitionsplanung begrüsst, bei der die Definition der Gefässe bzw. deren prozentualer Einteilung nicht mehr so starr ist und damit der übergeordneten Priorisierung mehr Beachtung geschenkt wird. Bei der Detailberatung wurden mehrere Anträge zur Aufnahme von Bemerkungen gestellt. Einer davon wurde in der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission angenommen. Es geht dabei um die Instandhaltungsbeiträge für allgemeinen Gebäude- und Umgebungsunterhalt bzw. die Abgrenzung davon zwischen laufender Rechnung und Investitionsrechnung. Ich werde Ihnen diesen Antrag im Namen der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission bei der Lesung vorstellen und bitte Sie, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen. Bei Anträgen, welche bereits durch die Kommission abgelehnt wurde, bitte ich Sie der Kommission zu folgen und hier im Rat ebenfalls abzulehnen. Im Namen der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfehle ich dem Einwohnerrat auf das vorliegende Geschäft einzutreten und die langfristige Investitionsrechnung in der Schlussabstimmung ohne Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort haben die Fraktionssprecher. Das Wort hat Herr Einwohnerrat Markus Greter."

Markus Greter:

"Die SVP Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden, sauber ausgearbeiteten Bericht und ist von diesem vorgelagerten Planungsinstrument nach wie vor überzeugt. Denn mit dieser langfristigen Investitionsplanung kann eine ausgeglichene und langfristige Planungssicherheit erreicht werden. Mit dieser fünften uns vorliegenden Version hat man schon einiges an Erfahrungen sammeln können und diese auch in den Bericht einfließen lassen. Zum Beispiel wurden die vorher in sechs Gefässen priorisierten Investitionen um ein weiteres siebtes Gefäss für den Schulraum ergänzt. Neu wird auch die gesamte Investitionsplanung unter Berücksichtigung des Selbstfinanzierungsgrades vorgenommen. Zudem werden ab dem Budget 2018 in der Gemeinde Emmen aufgrund des neu angewendeten Rechnungslegungsstandards in der langfristigen Investitionsplanung ebenfalls Anpassungen notwendig sein. Die genauen Auswirkungen auf die Systematik müssen dann von der Direktion Finanzen und Personelles geprüft und analysiert werden. Wie wir ja alle wissen, das Wachstum einer Gemeinde bringt nicht nur Nettos zum Vorschein, nein, es muss auch viel in die Infrastruktur investiert werden. Etwas irritiert sind wir dennoch bei gewissen Punkten. Da haben wir priorisierte Projekte und über 260 nicht priorisierte Projekte, Anregungen, ich nenne diese jetzt mal "Wünsche". Zum Beispiel die Ergänzung von Infrastruktur und Mobiliar in der neuen Gersaghalle für Festivitäten von einer halben Million Franken. Eigentlich etwas, dass man unserer Bevölkerung schon anlässlich der Abstimmung versprochen hatte, aber nicht umgesetzt wurde. So nebenbei, es wäre noch interessant die Meinung des Steuerzahlers diesbezüglich zu kennen. Im Weiteren für uns immer noch nicht so stimmig ist die ganze Schulraumthematik. Bei den nicht priorisierten Investitionen steht eine Zahl von über CHF 28 Mio., die in den nächsten fünf Jahren verbaut werden sollen. Dazu kommen die insgesamt CHF 29 Mio. die bereits bei den priorisierten Projekten sind, respektive verbaut werden. Gemäss Schulraumplanungsbericht haben wir den Zenit der Bedürfnisse ab 2021 überschritten und es wird mit einer "Normalisierung" sprich einer Abflachung gerechnet. Es stellt sich mir einfach die Frage, ist wirklich alles nötig was da eingegeben wird? Sollte der Gemeinderat neben der Priorisierung nicht auch eine Art Selektionierung machen, die uns zeigt, was wirklich prioritär benötigt wird? Darum ist es für uns sehr wichtig, dass die vorgeschlagenen Positionen und Beträge eingehalten werden. Oder wie handhaben Sie dies in Ihrem privaten Haushalt, meine Damen und Herren, geben Sie auch immer monatlich mehr aus, als Sie auf Ihrem Konto zur Verfügung haben? Der Gemeinderat und die Verwaltung müssen sich langsam aber sicher damit abfinden, dass wir uns nicht alles leisten können. Und wenn überall mit 10 % plus oder minus gerechnet wird, dann haben wir schon bald wieder ein mittel-grosses Problem. Wir werden daher anlässlich des Berichtes und Antrages für die beiden Schulanlagen Erlen und Emmen ein Kostendach verlangen. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiterverfolgen. Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er uns die Projekte vorlegt, die aus seiner Sicht priorisiert werden müssen. Aber wir wollen auch, dass die Projekte ausgeführt und die vorgeschlagenen Zahlen strikte eingehalten werden. Fazit: In der aktuell schwierigen finanziellen Situation in welcher die Gemeinde Emmen steckt, muss wohl überlegt sein, in was investiert wird, oder eben nicht. Das Ganze darf nicht in ein

Wunschkonzert ausarten. Abschliessend, die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme dieses Berichtes. Besten Dank."

Matthias Lingg:

"Die FDP Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht und ist nach wie vor von diesem vorgelagerten Planungsinstrument überzeugt. Aus unserer Sicht hat sich das Zusammenspiel zwischen langfristiger Investitionsplanung und BAFIP gut eingespielt. Auch die Einführung der neuen Systematik im vergangenen Jahr, welche die Betrachtungsweise der Investitionen in einen dynamischen und längerfristigen Kontext bringt, hat sich bewährt wie auch die Ergänzung mit dem Schulraum bei den einzelnen Investitionsgefässen. Die Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe und das Priorisierungs-System verknüpft mit einem Dringlichkeitsfaktor ist ein gutes Instrument, um die jährlich zu tätigen Investitionen klar zu definieren. Die Rahmenbedingungen lassen für das Budget lediglich eine Investitionssumme von CHF 5 Mio. zu und sind aufgrund der Verschuldung der Gemeinde Emmen verkraftbar. Aufgrund des Wachstums im Gebiet Erlen und Emmen Dorf fallen in den nächsten Jahren Investitionen von rund CHF 16 Mio. an, welche ausserhalb des ordentlichen Investitionsbudgets behandelt werden, wie auch die spezialfinanzierten Investitionen. Eigentlich bestünde in den kommenden fünf Jahren ein Investitionsbedarf an nicht priorisierten Projekten von nahezu CHF 57 Mio. Für zusätzliche Investitionen spielt der Selbstfinanzierungsgrad eine grosse Rolle. Ist diese Kennzahl höher als 100 %, wird die Verschuldung reduziert und es kann mehr investiert werden, ist sie tiefer als 100 % dann nimmt die Verschuldung weiter zu. Mit der Einhaltung der massgebenden Summen für das Budgetjahr 2018 sowie der Planjahre 2018 – 2022 wir die FDP Fraktion die langfristige Investitionsplanung zustimmend zur Kenntnis nehmen. Danke."

Benedikt Schneider:

"Dank der Investitionsplanung sind wir wenigstens in der Lage, für die künftige Entwicklung Emmens kleine Investitionsvolumen gezielt und effektiv einzusetzen und die Budgetsitzung vorweg zu entlasten. Wir verfügen somit über ein gutes Planungsinstrument. Schade, dass wir nicht mehr investieren können oder nicht den Mut haben, mehr zu investieren, um künftig einzusparen. Das Planungsinstrument kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Investitionsstau nach wie vor sehr gross ist. Es freut uns, dass die im letzten Jahr bemängelte starre Festsetzung der Mittelzuteilung nach Departementen aufgelockert wurde. Das wichtige Bewertungskriterium der Investition als künftige Sparmassnahme fehlt hingegen nach wie vor. Vergessen wir nicht, dass gewisse nicht getätigte Investitionen oft am langen Ende zu einem Schuldenmultiplikator führen. Erst der Einbezug dieses wichtigen Kriteriums macht die Investitionsplanung zu einem nachhaltigen Instrument. Was hilft es uns, wenn wir die Schulden bremsen, gleichzeitig aber wegen vernachlässigten Investitionen künftig Schulden multiplizieren? Beim Studium der Anhänge ist uns aufgefallen, dass im Jahr 2018 pauschale Unterhaltsbeiträge von rund CHF 1 Mio. geplant sind. Mit diesen Pauschalen erhält der Gemeinderat einen allgemeinen Topf, um Unterhalt und Reparaturen an Immobilien vornehmen zu können, ohne wegen Kleinstbeträgen eine Budgetposition eröffnen zu müssen. Wir begrüssen grundsätzlich diese einfache Handhabung, hegen aber trotzdem die Befürchtung, dass hier letztlich ein Reservekässeli für Verschiedenes eingerichtet wurde. Zudem besteht die Gefahr, dass Positi-

onen des täglichen Unterhalts, die ins Globalbudget einzelner Positionen gehören würden, auf Kosten der sonst schon gebeutelten Investitionen vorgenommen werden. Nachdem die R+GPK unser Anliegen grösstenteils aufgenommen hat und einen Antrag auf Bemerkung stellt, verzichten wir in diesem Jahr darauf, selbst einen Antrag zu stellen. Wir werden die Entwicklung aber beobachten. Es ist uns wichtig, dass rechtmässig und transparent budgetiert und abgerechnet wird und dass das Budget nicht mit einem Trick über Einsparungen bei den Investitionen ausgeglichen gestaltet wird. Die Fraktion der CVP legt nach wie vor Wert darauf, dass der Umsteigeknoten Gersag priorisiert wird. Auch wenn einige Aufgaben an die SBB übertragen werden könnten, bleibt die Bushaltestelle am Gersag ein Gefahrenherd und ein Stautreiber. Wir stellen daher nochmals den Antrag auf Aufnahme des Umsteigeknotens Gersag in die Liste der priorisierten Projekte. Je nach Annahme unseres Antrags auf Bemerkung beim Umsteigeknoten Gersag wird unsere Fraktion die Investitionsplanung zustimmend oder ohne Stellungnahme zur Kenntnis nehmen."

Andreas Kappeler:

"Herzlichen Dank für diesen Überblick, den wir jährlich mit der Investitionsplanung erhalten. Diese gibt einen guten Eindruck, was notwendig wäre, was wünschenswert und was wir finanzieren können. Zwischen finanzierbar und notwendig liegen einige Millionen, von wünschenswert müssen wir tatsächlich gar nicht sprechen. Obwohl das Planungsinstrument aus unserer Sicht eine sinnvolle Transparenz herstellt sind wir Grünen der Ansicht, dass wir in Emmen mit der Wachstumsstrategie nicht gleichzeitig zu wenig investieren dürfen. Wir wollen die selbstaufgelegte Plafonierung trotz Bilanzfehlbetrag dem realen Wachstum der Gemeinde anpassen. Einen entsprechenden Antrag werden wir, wie in der Kommission, auch hier in der Lesung noch einmal stellen. Emmen braucht in erster Linie ein qualitatives Wachstum. Dieses kommt nicht von selbst und verlangt nach einer Gemeinde die dieses Wachstum aktiv begleitet, auch mit Investitionen. Hier kann ich mich dem Votum von Einwohnerrat Benedikt Schneider anschliessen: Es gibt Investitionen die uns mehr kosten, wenn wir sie nicht tätigen. Wir möchten auch anregen, dass der Gemeinderat im Budget einen gewissen Überhang an Projekten budgetiert, damit wir die geplante Investitionssumme auch tatsächlich ausschöpfen können. Es gibt doch immer Projekte, die aus irgendwelchen Gründen nicht ausgelöst werden können. Ansonsten sind wir mit dem vorliegenden Papier zufrieden und können auch die Priorisierung unter den gegebenen Voraussetzungen nachvollziehen. Richtig ist auch, dass die notwendige Schulinfrastruktur in einem zusätzlichen Topf in der Planung drin ist. Wird unser Antrag in Bezug auf die Plafonierung angenommen, werden wir dem B&A zustimmend zur Kenntnis nehmen, ansonsten ablehnen. Eintreten ist für die Grünen unbestritten."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort ist frei für die übrigen Mitglieder des Rates. Das Wort hat Frau Einwohnerrätin Barbara Fas."

Barbara Fas:

"Beim Verfassen des Votums hatte ich sozusagen ein Déjà-vu, ist es doch so, dass wir zur langfristigen Investitionsplanung eigentlich jedes Jahr das Gleiche sagen können: Das Wachstum der Gemeinde verlangt Investitionen, für die durch die Plafonierung keine Mittel bereitgestellt werden können. Wichtigstes Beispiel: Im Schulraumplanungsbericht 2014 wurde auf Seite 74 der Bedarf eines Neubaus für eine Turnhalle sowohl in Emmen Dorf als auch im Riffig ausgewiesen und zustimmend zur Kenntnis genommen. Reine Nebenbemerkung, das habe ich aus meinem Votum vom letzten Jahr rauskopiert. Unterdessen liegt im Rahmen der Sportstättenplanung sogar die Empfehlung für jeweils eine 2-Fach-Turnhalle vor und doch fehlen diese beiden Objekte nach wie vor in der Liste der priorisierten Projekte. Ebenso unerfreulich sieht es bezüglich Instandhaltung aus: Es kann jeweils immer nur gerade das gemacht werden, was bitter nötig ist. Der jetzt schon vorhandene, grosse Nachholbedarf in diesem Bereich wird sich immer mehr vergrössern, was bedeutet, dass zwangsläufig mittel- und langfristig Mehrkosten auf uns zukommen. Auch wir sind, wie die Grünen, der Meinung, dass die Investitionsplanung zwingend dem Wachstum und den damit verbundenen Mehrausgaben Rechnung tragen muss und man nicht stur an dem viel zu engen Finanzkorsett festhalten kann, dass der Entwicklung der Gemeinde buchstäblich die Luft abwürgt. Die SP wird die langfristige Investitionsplanung 2018 - 2022 ablehnend zur Kenntnis nehmen."

Urs Dickerhof:

"Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick. Wir hatten früher keine langfristige Investitionsplanung, welche wir jeweils im Juni eingereicht haben. Wir sind jeweils im November mit dem Budget gekommen und dann wurde das Budget, respektive das Investitionsbudget, abgelehnt, weil man es korrigieren und anders haben wollte. Man hat eigentlich nie genau gewusst in welche Richtung es geht. Mit dieser neuen Variante bei der ich feststelle, dass sie gut ankommt, haben wir eine gewisse Planungssicherheit, so dass wir dann im Folgejahr Projekte auslösen und diese frühzeitig in die Wege leiten können damit es im Jahr, bei dem wir die Investitionen brauchen, verwertet werden kann. Das ist entscheidend, weil eine Planung, oder die Zahlen, welche darin enthalten sind, für die Berechnungen der verschiedenen Kennzahlen genommen werden. Darum sind wir überzeugt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben und auch eine Planungssicherheit erhalten. Die Planungssicherheit, die geht auch ein wenig mit dem einig, welches von der SVP moniert worden ist bezüglich der Wunschliste. Es ist nicht die Aufgabe bei der Planung den Leuten zu sagen, dass darf nicht gewünscht, nicht geplant oder eingegeben werden. Im Gegenteil, und das ist natürlich oder bessergesagt es sieht nach Wunschkonzert aus, wir sind aber darauf angewiesen, dass alles eingegeben wird. Es kann sein, dass eine Investition, welche geplant ist, eben doch nicht so hoch ist und wenn sie dann nicht aufgenommen wird, verschwindet sie. Eine Möglichkeit, welche wir haben, ist die Wunschliste nicht zu zeigen aber aufgrund dessen daraus zu schliessen, dass wir einen Investitionsstau haben, ist nicht richtig, das ist einfach falsch. Jede Partei, welche hier sitzt und auch jede Direktion bei uns hat eine Vorstellung, was sie umsetzen wollen und wie. Wir haben einfach einen Rahmen und dieser Rahmen sagt, was wir brauchen und dementsprechend ist es für uns wichtig, dass wir diese Sachen haben. Auf der anderen Seite hat man den Schulraum, bei dem man sagt, ein gewisser Teil ist priorisiert und ein gewisser Teil nicht und sich fragt, ob man das braucht. Der nächste Schulraumplanungsbericht ist unterwegs und dieser zeigt, dass Emmen für Familien ein gutes Pflaster ist. Dementspre-

chend gibt es eine Veränderung im Schulraumplanungsbericht. Den Schulraumplanungsbericht müssen wir immer wieder aktualisieren, damit wir die richtigen Aussagen machen können und vor allem auch die richtigen Investitionen. Es gibt die Aussage, die Turnhalle darf nicht weiter als fünf Minuten vom Schulhaus entfernt sein. Da müssen wir uns fragen, wie weit ist es vom Gersag in die Rossmoos-Halle? Sind das fünf Minuten oder sind das nicht fünf Minuten? Solche Sachen beschäftigen uns natürlich und dann kann man unter Umständen Synergien erreichen um nicht am falschen Ort, nur weil es gerade ein bisschen drückt, eine falsche Investition zu machen. Darum sind auch die CHF 54 Mio., die jetzt in der priorisierten und in den nicht priorisierten Listen sind, nicht einfach ein Stau. Vielleicht brauchen wir dort eine zusätzliche Information, sind wir am richtigen Ort oder nicht? Wenn unsere Baudirektion eine Quartierplanung in einem Quartier macht und feststellt, dass es eine Entwicklung gibt und wir den Weg beschreiben, dann muss es wieder in den Schulraumplanungsbericht einfließen und dieser fließt dann automatisch wieder in die Investitionsplanung. Es ist nicht einfach so, dass wir uns in ein Zimmer setzen und Karten werfen und so entscheiden in was wir investieren. Sondern wir wollen gewisse Sachen, welche notwendig sind, realisieren und am richtigen Ort machen. Bei der CVP stossen mir die Begriffe "Reservekässeli" und täglicher Unterhalt etwas auf. Wenn ich in einem Schulhaus etwas reparieren muss, dann kann man sagen, das ist Unterhalt. Das machen wir, dies fällt dann aber auch nicht ins Gewicht. Sie wissen, dass wir Schulhäuser haben, welche nach BFU nicht den Normen entsprechen. Wenn wir in einem Treppenhaus ein Geländer montieren müssen, dann machen wir das. Dieses hält dann auch 40 Jahre, weil ein Geländer über diese Zeit abgeschrieben wird. Jetzt müssen wir einfach schauen, wie realisieren wir die Investitionen in den Schulhäusern, welche nicht täglicher Unterhalt sind und nicht ins "Reservekässeli" gehören? Für das haben wir diese Million als Unterhalt der Gebäulichkeiten in unserem Verwaltungsvermögen aufgezeigt. Was wir zukünftig machen werden, ist dieses noch transparenter darzustellen. Aber im neuen Finanzhaushaltsgesetz ist die Limite der Investitionen bei CHF 50'000.00, früher war sie bei CHF 250'000.00. Das gibt eine Veränderung und diese Veränderung gibt Ihnen mehr Informationen. Wir werden im Budget, welches wir im November vorlegen, die Auflistung über die jeweiligen CHF 50'000.00 Tranchen und mehr, auflisten. Damit wir sehen, diese Investitionen respektive diese Instandhaltungsarbeiten sind korrekt und weder ein "Reservekässeli" noch täglicher Unterhalt. Bezüglich der Plafonierung muss ich einfach sagen, für mich persönlich ist es jeweils etwas speziell. Man redet über Gesetze, welche man in der Schule, im Sozialen und im Bau hat, aber über Gesetze, welche man in den Finanzen hat, über diese wird nicht gesprochen. Über diese wird einfach hinweggegangen und es wird gross herausposaunt, man müsse noch mehr Geld ausgeben und am Schluss stehen wir da, wie das Leukerbad, macht ja nichts, Hauptsache wir haben möglichst viel Geld investiert."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Eintreten ist nicht bestritten und gilt somit als beschlossen. Wir kommen zur Lesung des Bericht und Antrags."

Lesung

3. Langfristige Investitionsplanung 2018-2022

3.1 5-Jahresplanung der Investitionen

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Einwohnerrat Andreas Kappeler."

Andreas Kappeler:

"Wie schon angekündigt und vorne erfreulicherweise projiziert, stellen wir den Antrag auf Aufnahme einer Bemerkung der Grünen Fraktion, welcher wir in der Kommission schon gestellt haben:

Die Plafonierungssumme soll jährlich dem Bevölkerungswachstum der Gemeinde Emmen angepasst werden. Ich verzichte darauf dies erneut zu begründen. Dies habe ich im Eintreten schon gemacht. Herzlichen Dank, wenn Sie den Antrag unterstützen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Herr Einwohnerrat Thomas Bühler."

Thomas Bühler:

"Wir haben den Antrag in der R+GPK bereits behandelt und dazu ist zu sagen, es besteht gar keine Plafonierung mehr. Wir haben das System letztes Jahr geändert. Die CHF 41 Mio. welche wir für die Investitionen der nächsten Jahre geplant haben, entspricht in etwa den Abschreibungen der nächsten 5 Jahre. Entsprechend ist dann mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 % zu rechnen. Je mehr wir investieren, desto höher werden die künftigen Abschreibungen sowie deren Summe ausfallen. Dem Bevölkerungswachstum ist schlussendlich auch Rechnung zu tragen. Was wir nicht vergessen dürfen, per Ende 2016 hatten wir langfristige Schulden von CHF 158 Mio. Mit jeder Million mit welcher wir darüber hinausgehen, steigern wir automatisch unsere Verschuldung. Dort schränken wir unser Korsett selber ein. Ich bitte den Rat den Antrag abzulehnen."

Andreas Kappeler:

"Ich wollte es eigentlich nicht begründen aber ich erwidere jetzt dies von Einwohnerrat Thomas Bühler trotzdem. Wir tragen dem Bevölkerungswachstum im jetzigen System erst Rechnung, wenn wir den Bi-

lanzfehlbetrag abgetragen haben. Dies ist finanztechnisch, ich gebe Gemeinderat Urs Dickerhof recht, wahrscheinlich schon richtig. Das Problem, wenn wir das machen ist einfach, dass wir deutlich zu wenig ins qualitative Wachstum, welches wir in der Gemeinde brauchen, die richtigen und wichtigen Investitionen tätigen. Darum finde ich es wichtig, dass wir ein wenig mehr investieren als wir eigentlich gemäss Gesetz dürften. Ich glaube, es dient uns langfristig und wir würden langfristig sparen und nicht mehr ausgeben, wenn wir das tun."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben den Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der Grünen Fraktion gehört, ich lese Ihnen diesen nochmals vor:

Die Plafonierungssumme soll jährlich dem Bevölkerungswachstum der Gemeinde Emmen angepasst werden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der Grünen Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt.

Lesung Anhänge

- 7. Anhänge
 - a. Anhang 1

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Hier liegt ein Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der R+GPK vor. Das Wort hat Herr Einwohnerrat Thomas Bühler, Präsident der R+GPK."

Thomas Bühler:

"Wie bereits im Eintretensvotum erklärt, hat die R+GPK einen Antrag formuliert, welcher folgendermassen lautet: Die Instandhaltungsbeiträge für allgemeinen Gebäude- und Umgebungsunterhalt müssen gesetzeskonform erfasst werden und dürfen nur über die Investitionsrechnung geplant und verbucht werden, wenn die Voraussetzungen gemäss Luzerner Handbuch Finanzhaushalt der Gemeinden erfüllt sind. Die Kommission hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt und ich bitte den Rat der Kommission zu folgen und dem Antrag ebenfalls zuzustimmen. Vielen Dank."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben den Antrag um Aufnahme einer Bemerkung gehört, ich lese Ihnen diesen noch einmal vor:

Die Instandhaltungsbeiträge für allgemeinen Gebäude- und Umgebungsunterhalt müssen gesetzeskonform erfasst werden und dürfen nur über die Investitionsrechnung geplant und verbucht werden, wenn die Voraussetzungen gemäss Luzerner Handbuch Finanzhaushalt der Gemeinden erfüllt sind.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Urs Dickerhof."

Urs Dickerhof:

"Wir werden das im Budget bereits so darlegen, dass dies nachher die ausführliche Beschreibung ist und die 50'000er-Grenze, welche rechtens ist, auch ersichtlich wird, damit es beim Beschluss, welcher wir für das Jahr 2018 haben, erfüllt werden kann. Also stimmen Sie dem Antrag zu."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort wird nicht mehr verlangt. Wir kommen somit zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der R+GPK wurde einstimmig angenommen.

Lesung Anhänge

- b. Anhang 2

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Einwohnerrat Tobias Käch."

Tobias Käch:

"Wir stellen den Antrag um Aufnahme einer Bemerkung, dass der Betrag von CHF 100'000.00 für die Projektierung des Ausbaus der Bushaltestelle Gersag in den Topf der "priorisierten Projekte" für das Jahr 2018 kommt und dass der Betrag von CHF 500'000.00 für die entsprechende Realisierung ebenfalls in Topf der "priorisierten Projekte" für das Jahr 2019 kommt. Nur so kann dieser gefährliche Hotspot zügig

behaben werden, an dem es täglich zu heissen Situationen zwischen Verkehrsteilnehmern im Bus, Auto, Velo und zu Fuss kommt! Bald schon fahren nur noch grosse 3-türige Busse auf dem Emmer Busnetz, was die Situation noch verschärfen wird. Zwei lange Busse können im Moment nur so hintereinander warten, dass entweder der Fussgängerstreifen, der Veloweg oder teilweise auch die Gegenfahrbahn blockiert sind. Passieren ist dann auch für Fussgänger nicht möglich und die Verbindung Bus-Zug oder umgekehrt kann nicht immer sichergestellt werden. Dass die Situation auch angesichts der vielen Schüler gefährlich und darum eine Verbesserung wirklich dringend nötig ist, muss ich, so glaube ich, nicht noch extra erwähnen. Eines möchte ich aber speziell erwähnen: Unser 2014 eingereichtes und 2015 überwiesenes Postulat zur Verbesserung der Situation rund um den Umsteigeknoten Gersag ist immer noch hängig. Lassen Sie den damaligen Schritten Taten folgen. Wir bitten Sie, zur Erhöhung der Sicherheit und des Umsteigekomforts unser Antrag zu unterstützen!"

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Einwohnerrat Hans Schwegler."

Hans Schwegler:

"Wenn es jetzt wirklich ernst sein soll, dass wir in Zukunft ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung anstreben, dann müssen wir auch an der Investitionsplanung und deren Betrag festhalten. Ich habe der Kommission die Frage bereits gestellt, als die CVP mit diesem Antrag gekommen ist, was wollt ihr dann in der priorisierten Liste streichen? Dann habe ich keine Antwort erhalten. Also bitte lehnen Sie den Antrag ab. Wir können nicht noch mehr investieren."

Andreas Kappeler:

"Ich habe das Gefühl es ist gerade etwa der Betrag, welchen wir als Überhang budgetieren müssen, damit wir am Schluss die genügenden Investitionen auslösen können. Ich glaube darum ist es nicht so ein Problem. Grundsätzlich unterstützen wir diesen Antrag der CVP."

Urs Dickerhof:

"Ich wurde fast ein wenig kribbelig. Wenn Sie auf der Seite 1 von 3 bei der Investitionsplanung "priorisierte Projekte" im 2. "Verkehrsinfrastruktur" in der 2. Spalte "Diverses" schauen, dann steht dort "Umsteigeknoten Gersag Bus etc., Realisierung CHF 500'000.00". Es ist priorisiert, wir können es nicht mehr als priorisieren. Ob wir es ein Jahr vorziehen, liegt beim Beschluss vom Jahr 2019. Wenn es ein Projektkredit geben würde, sprechen wir das mit dem Bau ab, respektive der Bau müsste den beantragen und dann können wir das auf den November an die Sitzung bringen. Wir würden es aber fürs Jahr 2018 machen, welches wir nachher im 2020 aufführen würden. Wenn wir anfangen die Investitionen zu ver-

schieben, ist es so wie es Herr Einwohnerrat Hans Schwegler gesagt hat, dann fällt das System auseinander. Das ist jeweils eine Diskussion, welche wir zwischen den einzelnen Direktionen und den Beantragenden führen und man dann sagt, in Ordnung, es ist gut wenn wir für die Ausführung der CHF 500'000.00 dies im Jahr 2020 budgetieren. Wenn man darauf kommt, dass man ein Jahr vorher, sprich im 2018, schon die Planung machen muss, dann können wir das mit dem Bau so besprechen und können dies im November beantragen. Ich bitte Sie, ich muss es so sagen, Sie können dem Antrag ruhig zustimmen, weil er schon in der Liste ist oder Sie können es sein lassen, weil er erfüllt ist. Wegen erfüllt, geschlossen."

Tobias Käch:

"Wenn man im Anhang 2, bei den "nicht priorisierten Projekten" unter der "Verkehrsinfrastruktur" nachschaut, ist der Umsteigeknoten Gersag bei den "nicht priorisierten Projekten" aufgelistet. Darum wollten wir das in der Liste der "priorisierten Projekte". Man muss dies zuerst planen, bevor man es umsetzt."

Urs Dickerhof:

"Das ist eben der Unterschied zwischen dem was der Gemeinderat und dem was der Einwohnerrat macht. Der Einwohnerrat schaut und kontrolliert zuerst, was heraus priorisiert worden ist und die priorisierte Liste wird nicht sehr stark beachtet, ich kann es nur so interpretieren. Wenn die Baudirektion den Projektierungskredit nicht beantragt hat, dass dieser priorisiert wird, dann wird die Baudirektion einen Grund gehabt haben, welchen ich heute nicht darlegen kann. Wie ich es vorher ausgeführt habe, wenn die Baudirektion kommt und sagt wir müssen die CHF 100'000.00 für das Planjahr 2018 budgetieren, kommen wir mit dem Beschlussantrag für die Novembersession, dass der Projektierungskredit im 2018 gesprochen wird. Aber im 2020 ist geplant, dass wir das investieren. So ist der Mecano?"

Tobias Käch:

"Genau das wollen wir. Wir wollen das es nächstes Jahr geplant und übernächstes Jahr umgesetzt wird und darum haben wir den Antrag so gestellt, weil es unter den "nicht priorisierten Projekten" war."

Urs Dickerhof:

"Dann stimmt aber der Antrag nicht. Dann müsste der Antrag heissen: "Nicht in die Investitionen 2018-2022 von der nicht priorisierten Liste, in die priorisierte Liste." CHF 500'000.00 sind enthalten, wir können nicht mehr ausgeben als CHF 500'000.00. Der Planungskredit ist nicht der matchentscheidende Punkt. Vielleicht können sie es für CHF 50'000.00 planen, ich weiss nicht was und wie der Baudirektor plant. Wenn man etwas ändern will, muss der Baudirektor das fürs Budget 2018 oder Budget 2019 beantragen."

Der Bau ist jetzt geplant und priorisiert für das Jahr 2020. Sonst müssen Sie den Antrag stellen, dass es ins Jahr 2019 verschoben und nicht das es aufgenommen wird."

Tobias Käch:

"Wir haben tatsächlich festgestellt, dass der Antrag der dort steht, nicht genau der ist, welcher ich eingegeben habe. Ich habe zu Beginn gesagt, dass wir die CHF 100'000.00 für die Projektierung nächstes Jahr in den "priorisierten Projekten" und die CHF 500'000.00 für die Umsetzung übernächstes Jahr ebenfalls bei den "priorisierten Projekten" haben wollen. Damit man nächstes Jahr planen und übernächstes Jahr umsetzen kann. So war unser Antrag."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben den Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der CVP Fraktion gehört, ich lese diesen Ihnen nochmals vor:

Die Planung des Umsteigeknotens Gersag (Bus & Bahn) CHF 100'000.00 (Planung) im 2018 und CHF 500'000.00 (Umsetzung) im 2019.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag um Aufnahme einer Bemerkung der CVP Fraktion wurde mit 19 zu 17 Stimmen abgelehnt.

Lesung Anhänge

Keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Gibt es ein Rückkommen? Wenn nicht, kommen wir zum Antrag auf Seite 5 des Bericht und Antrags des Gemeinderates:

Die R+GPK beantragt Kenntnisnahme ohne Stellungnahme, der Gemeinderat beantragt zustimmende Kenntnisnahme, die SP Fraktion beantragt ablehnende Kenntnisnahme. Als erstes stellen wir den Antrag des Gemeinderates auf zustimmende Kenntnisnahme dem Antrag der SP Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme gegenüber. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag der R+GPK auf Kenntnisnahme ohne Stellungnahme gegenübergestellt."

1. Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates auf zustimmende Kenntnisnahme hat obsiegt und wird nun dem Antrag der R+GPK auf Kenntnisnahme ohne Stellungnahme gegenüber gestellt.

2. Abstimmung

Der Antrag der R+GPK hat obsiegt und der Rat nimmt somit Kenntnis ohne Stellungnahme.

5. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Revision der Ortsplanung; Kredit CHF 1'371'000.00 (24/17)

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Für die Eintretensdebatte erteile ich das Wort an Herr Einwohnerrat Patrick Schmid, Präsident der Bau- und Verkehrskommission."

Patrick Schmid:

"Eintreten war in der Bau- und Verkehrskommission unbestritten und wurde somit beschlossen. Das zweistufige Verfahren mit einer konzeptionellen Planung und der planungsrechtlichen Umsetzung wurde von allen Fraktionen als richtig angesehen. Zu reden gaben dann auch eher die finanziellen Aspekte, wie so oft in Zeiten knapper Ressourcen. So wurde auch die Erstkommunikation von CHF 700'000.00 als eher unglücklich erachtet, da der nun vorliegende Kreditantrag doppelt so hoch ist. Vergleiche mit anderen Gemeinden zeigen jedoch, dass eine solche Ortsplanungsrevision auch sehr schnell noch viel teurer werden kann. An diesem Punkt appelliert die Bau- und Verkehrskommission auch an den Gemeinderat bei frühzeitig bei Auffälligkeiten in dieser Hinsicht zu informieren. Die finanziellen Reserven, welche zum vornhinein eingeplant sind, waren der grösste Streitpunkt in der Bau- und Verkehrskommission. Eine Mehrheit stellte einen Streichungsantrag dieser Reserven. Dieser wurde mit 4 zu 3 Stimmen überwiesen. Der neu beantragte Kredit der Bau- und Verkehrskommission beläuft sich nun auf CHF 1'281'000.00. Die Reserven wurden so ausgewiesen, um keinen Nachtragskredit einholen zu müssen. Denn mit dem neuen HRM2 Budget sind solche Überschreitungen nicht mehr zugelassen und benötigen einen Nachtragskredit. Sollte dieser von Nöten sein, ist sich die Bau- und Verkehrskommission sicher, dass dies kein Problem sein sollte. Die Bau- und Verkehrskommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Bericht und Antrag mit einem Kredit von neu CHF 1'281'000.00 zuzustimmen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort haben die Fraktionssprecher. Frau Einwohnerrätin Conny Frey-Arnold, Sie haben das Wort."

Conny Frey-Arnold:

"Die Ortplanungsrevision ist ein wichtiges Projekt für die boomende Gemeinde Emmen. Stetiges Verdichten statt "Bauen auf der grünen Wiese" wichtig für die Zukunft. Die Harmonisierung im Kanton ist schon lange angesagt. Die Immobilienbesitzer warten auf die Revision da doch etliche planerische Unsicherheiten vorhanden sind. Damit die Pläne des Verdichteten Bauens der einzelnen Quartiere angepasst werden können, braucht es neue klare Richtlinien. Es sind viele Kantonale Stellen mit involviert, so zum Beispiel Hochwasserschutz, Verkehr usw. die mit ihren Vorgaben koordiniert werden müssen. Der Kanton Luzern

gibt vor, dass die Gemeinden die Anpassungen der Nutzungsplanung an interkantonale Vereinbarungen bis im Jahr 2023 umgesetzt haben müssen. Mit dem Bericht und Antrag des Gemeinderates haben wir nun die Fakten, dass wir die Ortsplanungsrevision in zwei Phasen bis Ende 2021 umsetzen und dass uns die Ortsplanungsrevision voraussichtlich CHF 1'281'000.00 kostet. Über die hohen Kosten wie auch die lange Umsetzungsdauer ist die FDP Fraktion nicht wirklich glücklich. Es ist aber wichtig, dass die minuziöse Planung wie auch die Kommunikation mit der Bevölkerung von Emmen die zwingend gut und transparent informiert werden muss, das Ziel ist. "Die längste und teuerste Ortsplanungsrevision ist diejenige die vom Volk abgelehnt wird". Die FDP. Die Liberalen Emmen stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu."

Brahim Aakti:

"Emmen wächst, Emmen boomt. Emmen ist eine aufstrebende Vorstadt mit über 30'000 Einwohnern und bis 2030 sollen es gar 35'000 Einwohner sein. Die Entwicklung unserer Gemeinde ist rasant. Die letzte Gesamtrevision der Ortsplanung ist heute auf den Tag genau 20-jährig. Ohne auf die Details einzugehen, der vorliegende B+A zeigt eindrücklich, dass eine Revision der Ortsplanung notwendig, richtig und wichtig ist. Wir müssen demnach höchstens über das wie und wieviel diskutieren. Die SP Fraktion unterstützt das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen in zwei Schritten. Nur so kann es gelingen, die Bedürfnisse aller Anspruchsgruppen zu evaluieren und in einem Gesamtkonzept zusammenzubringen, das schlussendlich auch umsetzbar ist. Auch erachten wir es als sehr wichtig, dass der Kommunikation ein hoher Stellenwert beigemessen wird und da sind wir schlussendlich alle gefordert! Die Kosten in der Höhe von CHF 1'371'000.00 sind in unseren Augen realistisch budgetiert. Ich nehme es vorweg: Anträge auf Kürzung von Reserven werden wir nicht unterstützen. Wir fordern keine Schönwetterbudgets sondern eben realistische Budgets! Die vorgesehenen Reserven sind Bestandteil eines realistischen Budgets. Die SP Fraktion wird dem vorliegenden B+A einstimmig zustimmen."

Marco Huwiler:

"Die Notwendigkeit der Ortsplanungsrevision ist für alle unbestritten, weil sie von übergeordneten Vorhaben gefordert wird, am Seetalplatz, an der Feldbreite, in der Viscosistadt, Emmen entwickelt sich stark. Die Ortsplanungsrevision bietet die Möglichkeit für die Entwicklungen in der Gemeinde zu strukturieren und den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Mit der Charta Emmen und dem Siedungsleitbild wurden erste Grundlagen für die Revision geschaffen, welche nun umgesetzt werden sollen. Die Grünen Emmen sind überzeugt, dass das zweistufige Verfahren für eine Gemeinde wie Emmen notwendig und zielführend ist, da unzählige Interessen berücksichtigt werden müssen. Wir begrüßen die Erarbeitung eines Konzepts in dem der Bevölkerung aufgezeigt werden kann, wie diese Entwicklung im Raum aussieht und nicht nur einen Zonenplan vorzulegen. Sind wir einmal ehrlich, wer kann sich schon an einem Zonenplan vorstellen, wie dies in der Realität aussieht. Für die ganze Phase wurde ein Mandat zur Kommunikation ausgeschrieben, was sichtlich der vielen komplexen Herausforderungen sowie der Übergang AZ zu ÜZ nachvollziehbar und logisch ist. Weniger logisch scheint, dass die eingeplanten Reserven im Kredit jetzt gestrichen werden sollen. Viele Leute in diesem Rat beklagen sich immer wieder,

die vorgeschlagenen Budgets seien Schönwetterbudgets. Wird jedoch realistisch budgetiert, da begründete Unsicherheiten bestehen, wird dies auch nicht angenommen. Noch etwas zur langen Dauer: Teile dieser Dauer sind auch auf Fristen zurückzuführen und schneller heisst nicht immer günstiger. Die Grünen Emmen werden sich während der Ortsplanungsrevision für eine nachhaltige Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht einsetzen. Die Grünen Emmen werden dem B+A deshalb einstimmig zustimmen. Vielen Dank."

Christian Blunski:

"Die Ortsplanungsrevision wird eine der grössten Herausforderungen in der Gemeinde Emmen in den kommenden Jahren. Viele wegweisende Fragen für die Zukunft der Gemeinde müssen geklärt werden: Wie stark soll die Gemeinde wachsen? Wo setzt man auf Verdichtung? Wie und wo bleiben die Grünflächen bzw. Landwirtschaftsflächen erhalten? Wie schaffen wir es, dass der Verkehr weiterhin funktioniert? Wie können wir auf die Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur Einfluss nehmen? Zusätzlich stehen aber auch technische Fragen im Blickpunkt. Die neuen Bauziffern führen zu erheblichen Veränderungen bei den Bauvorschriften. Fast jede Grundeigentümerin und jeder Grundeigentümer dürfte von der Änderung zur Überbauungsziffer betroffen sein. Deshalb erachtet es die CVP als richtig und wichtig, dass der Gemeinderat ein zweistufiges Vorgehen wählt. Zuerst muss unter Mitwirkung der Bevölkerung eine Strategie bzw. ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Die Stossrichtung der Nutzungsvorstellungen in jedem Quartier ist abgebildet. Die politische Diskussion findet stufengerecht statt. Um dieses Konzept entsprechend bewerten zu können, ist es wichtig, in der nötigen Qualität die Chancen und Risiken oder eben die Schwächen und Stärken aufzuzeigen. Erst danach wird in der zweiten Phase die technische Umsetzung erfolgen. Im gesamten Prozess ist dabei eine zeitgerechte und gute Kommunikation entscheidend. Die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer müssen verstehen, weshalb der Weg gewählt wird. Wie ein Vergleich mit anderen Gemeinden und Städten zeigt, ist der vom Gemeinderat beantragte Kredit tief. Es wird eine enorme Herausforderung, das Projekt ohne Nachtragskredit abzuwickeln. Umso erstaunlicher ist es, dass nun sogar noch ein Kürzungsantrag vorliegt. Einerseits ist man bereit, für Toilettenanlagen, die kaum durch Emmerinnen und Emmer genutzt werden dürften, jährlich CHF 30'000.00 auszugeben. Andererseits will man beim wichtigsten Instrument der Gemeinde Emmen für die Zukunft, der Nutzungsplanung, Abstriche machen. Diese Prioritätensetzung erstaunt und erscheint wenig durchdacht zu sein. Bei den eingepflanzten Reserven im Umfang von CHF 90'000.00 geht es keinesfalls um ein Polster. Vielmehr zeigen die Erfahrungen, dass bei so grossen Umwälzungen immer mit Verzögerungen zu rechnen ist, sei es aufgrund zahlreicher Einsprachen, Beschwerden oder unerwarteter Fragestellungen. Die CHF 90'000.00 sind nötig, damit der Gemeinderat bei schwierigen Themen den notwendigen Handlungsspielraum hat. Ich persönlich glaube, dass die Dimension und die Auswirkungen der Revision immer noch unterschätzt werden. Deshalb spricht sich die CVP klar gegen den Kürzungsantrag aus. Die CVP bedankt sich beim Gemeinderat für den guten Bericht und das ausgefeilte Konzept in zwei Phasen. Wir werden auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Andreas Schmidli:

"Die Notwendigkeit dieser Ortsplanungsrevision ist unbestritten. Denn wie schon Anfangs erwähnt, ist die letzte Gesamtrevision auf den Tag genau 20 Jahre her. Den Zeitplan den sich die Gemeinde gesetzt hat, welcher in zwei Phasen aufgeteilt wurde, wird einerseits zu lang, andererseits als zu optimistisch gewertet. Je nachdem wen man fragt, bekommt man die eine oder eben die andere Antwort. Dies zeigt ziemlich gut, dass man nicht so genau weiss, was da auf uns alles zukommt. Diese Unsicherheit hat aber anscheinend dazu geführt, dass in der Berechnung der Kosten einiges an Reserven eingebaut wurde. Dass man in der Phase zwei sowie in der internen sowie externen Kommunikation automatisch 10 % Reserven einkalkuliert, ist unserer Meinung nach die falsche Lösung. Die Begründung, dass man nicht weiss, was auf einem zukommt und dass es schwieriger wird an einen Nachtragskredit zu kommen, reicht uns nicht. Darum empfehlen wir, die SVP Fraktion, dem Antrag der BVK für eine Streichung der 10 % Kostenreserven zuzustimmen. Zusätzlich stellen wir den Antrag für ein Kostendach für die Revision der Ortsplanung in der Höhe von CHF 1 Mio. Dies mit der Begründung, dass der angegebene Kredit seit Jahresbeginn um fast CHF 700'000.00 angestiegen ist. Wieso diese Zahl in den letzten Monaten so gewachsen ist, konnte uns nicht wirklich plausibel erklärt werden. Wurde die Zahl bewusst anfangs so niedrig gehalten? Hat man zu optimistisch gerechnet? Wir wissen es nicht. Darum sind wir der Meinung, dass solch ein Kostendach in diesem Fall die beste Lösung ist, um die Ausgaben besser im Griff zu haben. Wird dieser Antrag angenommen, so können wir auch dem B+A zustimmen. Vielen Dank."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort ist frei für die übrigen Mitglieder des Rates. Herr Einwohnerrat Christian Blunsi."

Christian Blunsi:

"Ich habe den Antrag nicht ganz verstanden, aber dazu kommen wir ja noch. Der Kredit ist ja das Kostendach und dann macht man ein Kredit, der ein Kostendach ist und ein anderes Kostendach; richtigerweise müsste eine Kreditkürzung beantragt werden. Dann müsste CHF 1 Mio. als Kredit beantragt werden, sonst funktioniert das gar nicht."

Urs Dickerhof:

"Nicht zu dem, was Herr Einwohnerrat Christian Blunsi gesagt hat, sondern einfach zu den Krediten, die ab 2018 gelten. Man erhält einen Kredit und der Kredit ist das Kostendach. Dies wurde richtig gesagt. Man kann keine Kreditüberschreitung machen. Wenn man anfängt den Kredit hier im Rat zu überschreiten, dann muss man dies dem Einwohnerrat wieder frisch beantragen. Nicht was überschritten worden ist sondern wie es zukünftig zur Überschreitung kommt. Man muss im Voraus den Antrag oder das Geld holen. In Zukunft werden wir einen eingestellten Betrag vom Budget nicht mehr überschreiten können"

und danach einfach Begründen sondern wir müssen dies vorher ankünden. Einfach vom Mechanismus her, Kredite werden gesprochen. Das ist das Dach."

Hans Schwegler:

"Ich möchte präzisieren was wir gemeint haben. Als erstes die Reserven, welche wir einsparen möchten, da hoffen wir es gäbe eine Mehrheit. Dann kämen wir auf CHF 1'281'000.00 und dann würden wir den Antrag stellen, die CHF 1'281'000.00 auf CHF 1 Mio. zu plafonieren. Das ist unser Antrag."

Josef Schmidli:

"Zuerst einmal besten Dank fürs Eintreten und besten Dank für die Zustimmung zu dem hoffentlich vollen Kredit. Vielleicht noch einmal, es wurde gesagt, die letzte Revision war vor 20 Jahren. Es gab eine kleinere Teilrevision im 2008. Es gab eine rasante Entwicklung in der Gemeinde Emmen, wir müssen Anpassungen an den kantonalen Richtplan machen und das Ziel ist es, 2023 mit dieser Revision durch zu sein. Es ist höchste Zeit, dass wir jetzt starten. Es ist aber auch die richtige Zeit. Es ist gut, dass wir nicht vor zwei Jahren gestartet haben oder letztes Jahr, wir wissen nämlich heute viel mehr als gewisse Gemeinden, welche vor zwei Jahren gestartet haben. Ich komme auf das Zwei-Phasen-System zu reden. Es freut mich sehr, dass Sie das verstanden haben. Die konzeptionelle Planung und nachher die planungsrechtliche Umsetzung sind für uns ganz wichtig, dass wir das so machen können. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle rechtherzlich danken, dass Sie das auch so sehen. Die ganze Kommunikation war auch immer ein Thema, da möchte ich ein Augenmerk darauflegen, Bauprojekte sind auch Kommunikationsprojekte. Es ist von vielen gesagt worden, dass die Kommunikation wichtig ist. Das Projekt, welches wir jetzt starten, dauert vier Jahre. Wir haben nicht sehr viele Erfahrungen mit Zonenplanrevisionen. Wir wissen nicht genau, was auf uns zukommt und darum sind dort auch Reserven eingeplant. Die Reserven müssen wir haben, genau wegen dieser Unsicherheit. Es ist kein Bauprojekt, wie wenn wir ein Schulhaus oder ein Kindergarten bauen sondern es ist ein Projekt in dem wir in eine Richtung gehen, in der andere Gemeinden momentan grosse Erfahrungen machen. Zum Beispiel die ganze Frage der Ausnützung auf die Überbauungsziffer in einer Gemeinde mit einer Grössenordnung, welche wir in der Gemeinde Emmen haben, ist eine gewaltige Herausforderung. Das möchte ich Ihnen zum Bedenken mitgeben. Der Vergleich mit anderen Gemeinden haben wir mittlerweile und dieser zeigt uns, dass die Voraussetzungen, an welche wir gedacht haben, dort war eine Zahl in der Investitionsplanung, so nicht standhält. Dies haben wir mit der Ortsplanungskommission in verschiedenen Workshops erhärtet, dass die Zahl mit diesen Reserven, welche wir jetzt haben realistisch sowie transparent gegenüber von Ihnen ausgewiesen ist. Unser Ziel ist es nicht, dass wir irgendwann einen Nachtragskredit holen müssen. So arbeiten wir nicht. Unser Ziel ist es, mit dem Geld, welches Sie hier sprechen, die Ortsplanungsrevision in dieser vorgegebenen Zeit umzusetzen. Das ist unser Ziel. Wenn jemand sagt, dass wir sowieso ein Nachtragskredit holen müssen, dann müssen wir langsam aufpassen, wie wir hier im Rat mit diesen Reserven umgehen. Ganz deutlich gesagt, das Ziel ist es keinen Nachtragskredit beantragen zu müssen sondern, dass wir mit dem Geld auskommen. Die Ortsplanungsrevision ist wirklich eine ganz wichtige Angelegenheit für die Gemeinde Emmen. Mit dem bestimmen wir die Gestaltung der Gemeinde für die nächsten 20 Jahre. So wie es jetzt heraus-

kommt, so wird es etwa die nächsten 20 Jahre sein. Ich denke, mit CHF 1.3 Mio., welche wir hier verlangen, ist das Geld sehr gut investiert. Ich komme zum Schluss: Wir haben mit dem Bericht und Antrag ein zweistufiges Verfahren in vier Jahren, mit einer guten Kommunikation, mit einer realistischen sowie transparenten Planung, mit ausgewiesenen Reserven für die Unsicherheiten und ich bitte Sie, keine Einsparungen zu machen. Auch der Antrag des Kostendachs für CHF 1 Mio. wäre absolut unmöglich, dann müssten wir alles wieder neu planen. Wir können nicht in einer Planungsphase wie jetzt einfach CHF 300'000.00 streichen – das geht nicht. Ich bitte Sie dem Antrag, so wie er hier ist, zuzustimmen und die Reserven von CHF 90'000.00 so zu belassen. Besten Dank."

Brahim Aakti:

"Ich habe vorher meine Hand erhoben aber das wurde nicht gesehen. Ich habe mich kurz aufgeregt, mittlerweile abregiert. Ich appelliere an die SVP, Einwohnerrat Hans Schwegler hat in seinem Votum zum vorherigen Traktandum, bei dem es um den Antrag der CVP ging, gesagt, sie wollen ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung. Wir haben einen B+A welcher sehr seriös ausgearbeitet wurde. Es ist sehr transparent dargestellt was wie viel kostet. Wir dürfen nicht am Schluss im Rat betreffend dem Geld ein Gesamtkonzept über den Haufen werfen. Wenn Sie Einsparungen machen wollen, dann sagen Sie konkret, was Sie überflüssig finden und was man streichen soll. Das ist ein Gesamtkonzept. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, solche Konzepte komplett auseinanderzureissen. Dieser Zug ist abgefahren. Ich bitte Sie, da steckt eine seriöse Arbeit dahinter. Die Reserven, wie schon gesagt, sind Unsicherheiten. Das sind nicht irgendwelche Polster, welche man einfach so gemacht hat. Es ist ausgewiesen, dass die Reserven notwendig sind. Ich bitte Sie, das nicht zu streichen sondern das Gesamtkonzept, so wie es jetzt ist, gut zu heissen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Eintreten ist nicht bestritten und gilt somit als beschlossen. Wir kommen zur Lesung des Bericht und Antrags."

Lesung

11. Kosten und Finanzierung

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Hier liegt ein Antrag der BVK vor. Das Wort hat Herr Einwohnerrat Patrick Schmid, Präsident der BVK."

Patrick Schmid:

"Den Antrag sehen Sie vorne. Kurz zur Begründung. Gemäss HRM2 ist es nicht mehr erlaubt, eine Kostenüberschreitung zu machen. Mit der Streichung der Reserven, welche wir darauf gelegt haben, bei den plus/minus 10 %, wie wir sie heutzutage kennen, bei der man freihändig verfügen konnte, nehmen wir jetzt nicht Geld weg, bei dem wir sagen, wir kürzen den Kredit, sondern setzen lediglich die Reserven im Vorhinein auf CHF 0.00. Man könnte auch direkt sagen, man nimmt 20 % weg. Dann wären wir bei den bekannten minus 10 %. So sind wir einfach auf dem Punkt null."

Hans Schwegler:

"Ich muss jetzt den Antrag auch erneut stellen. Im Bewusstsein, dass ich Einwohnerrat Brahim Aakti ärgern werde, aber mit dem muss man leben können. Wir stellen den Antrag für ein Kostendach von CHF 1 Mio."

Christian Blunski:

"Die CVP lehnt beide Anträge ab. Zum Präsident der BVK möchte ich sagen, es wurde im Votum gesagt, dass man den Kredit nicht kürzt. Selbstverständlich kürzt man den Kredit, wenn man CHF 90'000.00 wegnimmt. Ich gebe einfach zu Bedenken, dass man bei jedem Bauprojekt, auch im Privaten, mit Unsicherheiten rechnen muss. Man kalkuliert immer, dass man einen gewissen Prozentsatz einrechnet. Bei so einem grossen Projekt, welches so viele Unwegsamkeiten hat, einfach sagen, man lege kein Polster ein, weil es sauber und transparent ausgewiesen ist, finde ich schon fast fahrlässig und es sorgt für eine unnötige Bürokratie, dass wir im Rat ein weiteres Geschäft haben."

Marco Huwiler:

"Ich möchte einfach kurz in Erinnerung rufen, was Einwohnerrätin Conny Frei-Arnold in ihrem Votum gesagt hat. Keine Revision ist so teuer wie die, die abgelehnt wird. Wenn wir jetzt den Kredit auf CHF 1 Mio. plafonieren, dann passiert vielleicht genau das, dass vielleicht an Orten gespart wird wie zum Beispiel bei der Kommunikation, welche eben wichtig wäre. Am Schluss stehen wir hier, haben die Ortsplanungsrevision gemacht, die wird abgelehnt und wir fangen von vorne an. Dann haben wir vielleicht CHF 3 Mio. ausgegeben. Also stimmen Sie bitte dem Antrag des Gemeinderates zu und nicht dem der SVP. Besten Dank."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben die Anträge (Kredithöhe) gehört, ich lese Ihnen diese noch einmal vor:

Antrag SVP: CHF 1'000'000.00

Antrag Gemeinderat: CHF 1'371'000.00

Antrag BVK: CHF 1'281'000.00, Streichung der jeweils 10 % Kostenreserve von insgesamt CHF 90'000.00

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung. Wir werden zuerst den Antrag der SVP dem Antrag des Gemeinderates gegenüberstellen."

1. Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderats hat mehrheitlich obsiegt und wird nun dem Antrag der BVK gegenübergestellt.

2. Abstimmung

Sowohl der Antrag der BVK wie auch der Antrag des Gemeinderates erhielten je 19 Stimmen. Die Abstimmung wird wiederholt.

3. Abstimmung

Wiederum erhielten sowohl der Antrag der BVK als auch der Antrag des Gemeinderates 19 Stimmen.

Stichentscheid Ratspräsident

Einwohnerratspräsident Roland Ottiger stimmt dem Antrag der BVK zu. Somit wurde dieser angenommen.

Lesung

Keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Gibt es ein Rückkommen? Wenn nicht, kommen wir zur Abstimmung. Wir kommen zum Punkt 15 des Bericht und Antrags, Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf den vorliegenden Bericht unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat folgende Anträge:

1. Genehmigung des Vorgehens zur Revision der Ortsplanung und der aufgezeigten Finanzierung im Rahmen eines Kredits in der Höhe von CHF 1'281'000.00 (Bruttokosten inkl. MwSt.).
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt."

Abstimmung

Dem Antrag des Gemeinderates wurde mit 34 Stimmen zugestimmt und der Kredit von CHF 1'281'000.00 genehmigt.

6. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 24. Mai 2017 betreffend Teilrevision der Gemeindeordnung von Emmen (22/17) (1. Lesung)

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Für die Eintretensdebatte erteile ich das Wort an Herr Einwohnerrat Thomas Bühler, Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission."

Thomas Bühler:

"Der Kantonsrat hat am 20. Juni 2016 das revidierte Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinde Emmen, kurz FHGG, genehmigt, welches am 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Das neue kantonale Gesetz sieht unter anderem Änderungen bei den Planungs- und Kontrollinstrumenten, im Kredit- und Ausgabenrecht sowie in der Rechnungslegung vor. Die Gemeinde Emmen wird das neue Gesetz als eine von insgesamt fünf Testgemeinden bereits auf den 1. Januar 2018 umsetzen und insbesondere die Rechnungslegung auf das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) umstellen. Da es sich bei der Teilrevision um eine rein technische und nicht um eine politische Überarbeitung der Gemeindeordnung geht, war Eintreten auf den Bericht und Antrag bei allen Fraktionen unbestritten. Die effektiven Auswirkungen der Umstellung auf HRM2 werden wir im Herbst bei der Beratung des Budgets 2018 sehen. Gleichzeitig mit den Anpassungen an das kantonale Finanzhaushaltsgesetz werden kleinere Korrekturen in der Gemeindeordnung vorgenommen, bei denen sich bereits früher übergeordnetes Recht geändert hat, jedoch die Gemeindeordnung noch nicht angepasst wurde, z.B. die Wahl des Friedensrichters oder die Vereidigung des Einwohnerrates. Auch diese Anpassungen waren in der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission unbestritten. Eine Frage gab es in der vorberatenden Kommission während der Detailberatung zu Artikel 48 Abs. 2 lit. b und c., welche der Gemeinderat auf die 2. Lesung hin noch beim Kanton genauer abklären lässt. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig auf die vorliegende Teilrevision der Gemeindeordnung einzutreten und gleichzeitig auf Fraktionssprecher zu verzichten. Da es sich um eine 1. Lesung handelt, wird keine Schlussabstimmung durchgeführt. Die Meinungen in der Kommission zeigen aber, dass die revidierte Gemeindeordnung bei allen Fraktionen unbestritten ist. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!"

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben gehört, auf Fraktionssprecher wird verzichtet. Das Wort haben die übrigen Mitglieder des Rates. Das Wort wird nicht verlangt. Eintreten ist nicht bestritten und gilt somit als beschlossen. Wir kommen zur Lesung des Bericht und Antrags."

Lesung Bericht und Antrag

Keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Für dieses Reglement wird es zwei Lesungen geben und folglich wird heute keine Schlussabstimmung erfolgen. Die Beilage "Vergleich alte-neue Gemeindeordnung" ist Bestandteil der Lesung des Reglements und wird nicht separat gelesen. Wir kommen zur Lesung."

Lesung Reglement

Keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Gibt es ein Rückkommen? Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Die Zweite Lesung und Abstimmung wird voraussichtlich an der Einwohnerratsitzung vom 19. September 2017 erfolgen."

7. Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 31. Mai 2017 betreffend Rückbau des Betagtenzentrums Herdschwand (25/17)

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Für die Eintretensdebatte erteile ich das Wort an Herr Einwohnerrat Patrick Schmid, Präsident der Bau- und Verkehrskommission."

Patrick Schmid:

"Für einmal wurde in der Bau- und Verkehrskommission nicht über ein Bauprojekt, sondern über ein Rückbauprojekt gesprochen. Wie uns allen bekannt ist, hat das ganze Thema rund um das Betagtenzentrum Herdschwand auch eine stark emotionale Seite für die Emmer. Ein äusserst sorgfältiges Vorgehen ist somit Pflicht! Eintreten wurde in der Bau- und Verkehrskommission beschlossen, dies nachdem es eine Abstimmung über Nichteintreten gab. Vor allem der Zeitpunkt des Bericht und Antrags und der terminierte Rückbau wurden kritisiert. Viele Fragen zur Zwischennutzung oder der Stilllegung konnten mit den zusätzlichen Informationen, welche bereitgestellt wurden, beantwortet werden. In der Bau- und Verkehrskommission war man sich dann auch mehrheitlich einig, dass der Investitionsbedarf, welcher eine Sanierung oder Instandhaltung der Herdschwand verursachen würde, für die Gemeinde nicht tragbar ist. Die Gebäude sind schlicht in einem desolaten Zustand. Zulange wurde nichts mehr investiert. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn die vom Gemeinderat nachträglich zugestellten Informationen bereits im B+A enthalten gewesen wären. Dies hätte sicher frühzeitig mehr Klarheit gegeben. Dies vor allem weil auch viel Einfluss von aussen auf den Einwohnerrat ausgeübt wurde. Ich appelliere jedoch an alle Einwohnerräte bei den Fakten zu bleiben. Die Bau- und Verkehrskommission empfiehlt dem Einwohnerrat nach sachlicher Diskussion mit 5 zu 2 Stimmen, dem Bericht und Antrag zuzustimmen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort haben die Fraktionssprecher. Herr Einwohnerrat Patrick Graf."

Patrick Graf:

"Der Verkauf des Herdschwand-Areals ist eines der politisch umstrittensten Themen in Emmen der letzten Jahre. Schon dem Vorverkaufsvertrag wurde mit 51 % nur hauchdünn zugestimmt. Unterdessen wurde das "Reglement über die Grundstücke im Eigentum der Gemeinde Emmen" mit 60 % deutlich angenommen. Damit wäre der Verkauf eines solchen Grundstückes mit dem heutigen Gesetz in Zukunft gar nicht mehr möglich – ausser es würde dafür ein anderes gleichwertiges Grundstück gekauft. Es wäre also fraglich, ob der Verkauf der Herdschwand heute noch eine Mehrheit finden würde. Diese Abstimmung ist aber schon vorbei. Es stehen aber noch weitere Entscheide bevor, bei denen Referenden

und damit Volksabstimmungen möglich und wahrscheinlich sind, zum Beispiel: die Umzonung und der definitive Verkauf. Nun möchte der Gemeinderat die bestehenden Gebäude abreißen, bevor die entscheidenden Beschlüsse getroffen werden. Damit sollen – ob gewollt oder nicht – vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die entscheidenden Abstimmungen im Einwohnerrat und beim Volk stattgefunden haben. Wir finden dieses Vorgehen grundsätzlich falsch. Richtig wäre wenn schon, wenn der Abbruch zusammen mit der Umzonung und dem definitiven Verkauf zur Abstimmung vorgelegt würde. Nach einem Verkauf wäre der Abbruch aber sowieso die Sache des Käufers: Dafür braucht es also gar kein eigenes Geschäft mehr. Wir stellen darum den Antrag, gar nicht auf dieses Geschäft einzutreten. Die vorliegenden Gründe für einen Verkauf leuchten uns ebenfalls nicht ein. Eine weitere Zwischennutzung zu finden ist sicher nicht ganz einfach – zumal dafür unbestritten erhebliche Unterhaltskosten anfallen. Trotzdem haben wir den Eindruck, dass es hier noch Möglichkeiten gäbe. Vor allem, wenn man den Fächer etwas öffnet und Zwischennutzungsprofis ranlässt. Bezüglich Zonenkonformität sind wir überzeugt, dass für zeitlich begrenzte Zwischennutzung Ausnahmegewilligungen möglich wären. Und im schlimmsten Fall stehen die Gebäude halt 1 bis 2 Jahre leer. Es kommt ja immer wieder vor, dass ein Gebäude ein paar Jahre leer steht. Dadurch geht die Welt nicht gleich unter. Klar ist eine Stilllegung nicht gratis. Aber im Vergleich zu den Gesamtkosten dieses Projekts sind diese Kosten nun auch nicht so riesig. Wir sind der Ansicht, dass uns ein demokratisch sauberer Prozess auch etwas kosten darf. Ausserdem könnten wir uns vorstellen, dass auch die Stilllegungskosten an den Käufer weiterverrechnet werden können, wie das mit den viel höheren Abbruchkosten geplant ist. Wir fragen uns auch, ob es sich die Gemeinde Emmen in der aktuellen finanziellen Lage überhaupt leisten kann, CHF 1.5 Mio. für einen privaten Investor vorzufinanzieren mit dem Risiko, dass diese Kosten schlussendlich an der Gemeinde hängenbleiben. Seien Sie sich bewusst, der Abbruch kostet mehr als die gesamte Ortsplanung, bei der es vorher hiess, sie sei viel zu teuer. Dazu kommt, dass niemand jahrelang eine hässliche Baugrube im Quartier will. Dann ist uns ein leerstehendes Gebäude dann doch um vieles lieber. Auch das ist uns etwas wert. Sie sehen, die Grüne Fraktion kann diesem Geschäft nicht viel Gutes abgewinnen. Wenn der Nichteintretensantrag abgelehnt werden sollte, werden wir den B+A daher klar ablehnen. Wie Sie sicher mitbekommen haben, ist das Referendum zu diesem Abbruchprojekt bereits angekündigt. Und auch wir Grünen werden dieses Referendum ergreifen bzw. unterstützen. Vielleicht überlegen Sie sich nochmals, ob Sie bei einem so umstrittenen und emotionalen Thema mit einem CHF 1.5 Mio. Abbruchprojekt eine Volksabstimmung wagen wollen. Wenn Sie diese Abstimmung verlieren, dann könnte dies gut der Anfang vom Ende des Projekts Neuschwand werden. Ich bin darum sicher, dass es auch im Sinne der Neuschwand-Befürworter wäre, diese Abbruchübung selber abzubrechen. Sie ist nämlich eine Steilvorlage für die Neuschwand-Gegner. Vielen Dank."

Martin Birrer:

"Die Emmerinnen und Emmer haben am 7. März 2015 mit 3'495 Ja-Stimmen den Verkauf des Areals Herdschwand AG genehmigt. Diesen Entscheid gilt es, auch wenn er knapp ausgefallen ist, demokratisch zu respektieren. Schon bei dieser Abstimmung war uns allen klar, dass die heutige Herdschwand zurückgebaut und eine neue Überbauung auf dem Gebiet entstehen wird. Es ist also keine Überraschung,

wenn der Rückbau bereits jetzt erfolgen soll. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, die anderen Varianten weiterzuverfolgen, denn: Die Zwischennutzung des Unterlöchli's läuft im August aus. Weitere ökonomisch zweckmässige Zwischennutzungen, vor allem durch weitere Altersheime, sind gemäss den Abklärungen der Gemeinde nicht möglich. Entscheidend ist aber zu wissen, dass für weitere Zwischennutzungen aller Art zuerst wieder weitere zwingende Investitionen erforderlich sind, dazu nur zwei kleine Beispiele: Zuerst muss zwingend die periodische Kontrolle für den Sicherheitsnachweis der Elektroinstallationen vorgenommen werden, der seit einiger Zeit fällig wäre. Zudem müssten die Wasserleitungen dringend saniert werden. Weitere Zwischennutzungen sind deshalb wirtschaftlich für die Gemeinde Emmen nicht tragbar. In der momentanen Situation kann es sich die Gemeinde nicht erlauben, hunderttausende von Franken in ein für den Abbruch bestimmtes Objekt zu investieren, vor allem wenn die möglichen Nutzer nachher nicht einmal die benötigten Kosten decken können. Die Stilllegung und Verriegelung des Areals kostet auch mindestens CHF 220'000.00. Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, ein marodes, von den Stimmberechtigten bereits zum Abbruch frei gegebenes Haus mit erheblichen Kostenfolgen leer stehen zu lassen. Vielleicht war man ja doch überrascht, als die Gemeinde den Abbruch mit der vorliegenden Botschaft beantragt hat. Die Überraschung ist aber kein für den definitiven Entscheid massgebender Faktor. Entscheidend ist einzig und allein, dass die Stimmberechtigten dem Verkauf und damit dem Ende der bisherigen Herdschwand-Liegenschaft zugestimmt hatten und dass ein Stehenlassen nicht bezahlbar ist. Die Kosten für den Rückbau wird die Gemeinde Emmen vorfinanzieren. Für uns ist es deshalb wichtig, dass die Verträge lückenlos ergänzt werden, um die Kosten dem Käufer sauber zu überwälzen. Fazit: Dem bereits demokratisch legitimierten Rückbau des Betagtenzentrums Herdschwand steht aus unserer und heutiger Sicht nichts im Wege. Die FDP, Die Liberalen Emmen werden dem B+A einstimmig zustimmen und so auch helfen den Volkswillen umzusetzen."

Christian Blunski:

"Die Stimmberechtigten der Gemeinde Emmen stimmten dem Vorvertrag zum Verkauf der Herdschwand im Jahr 2015 knapp zu. Bereits damals hat sich gezeigt, dass dieses Geschäft sehr umstritten ist und politische Sprengkraft hat. Dennoch hat das Stimmvolk den Gemeinderat und den Einwohnerrat beauftragt, den Verkauf in die Wege zu leiten, das Bebauungsplanverfahren fortzusetzen und die nötigen Schritte dafür vorzunehmen. Der Gemeinderat beantragt uns nun, dass die Herdschwand bereits vor der Verabschiedung des Bebauungsplans und vor dem Verkauf abgerissen werden soll. Die Gemeinde übernimmt die Vorfinanzierung, wozu es einen Kredit im Umfang von CHF 1.5 Mio. braucht. Leider ist der Bericht des Gemeinderates zu diesem Kredit äusserst dürftig ausgefallen. Der Gemeinderat zeigt zwar rudimentär auf, welche Varianten möglich wären. Zahlen, Fakten und Kostenvergleiche sind im Bericht aber kaum aufgeführt. Angesichts der Brisanz dieses Geschäfts erstaunt dies. Bei anderen Geschäften erfolgte in der Vergangenheit teils eine Abtraktandierung, wenn ein unbedeutender Anhang nicht beigelegt wurde. Hier schaut man getrost darüber hinweg. Dennoch ist die CVP grossmehrheitlich überzeugt, dass der Rückbau der einzige richtige Weg ist und dem Kredit zugestimmt werden muss. Einerseits hat der Gemeinderat Zahlen nachgeliefert und alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte damit bedient. Auch wurde die BVK umfassend informiert. Andererseits handelt es sich beim Rückbau um

eine Investition um zusätzliche Kosten zu sparen. Zwischennutzungen, Stilllegung und Verriegelungen führen zu erheblichen Mehrkosten für die Gemeinde Emmen. Selbst wenn der Verkauf der Herdschwand an die Losinger Marazzi AG nicht zu Stande kommen sollte, muss die Herdschwand abgerissen und das Grundstück verkauft werden. Es ist schliesslich völlig weltfremd, wenn man meint, dass die Herdschwand langfristig noch irgendwie genutzt werden kann. Die Rückbaukosten müssen und können den Investoren auf den Kaufpreis angerechnet werden. Hier fordern wir den Gemeinderat auf, mit der Losinger Marazzi AG einen guten und exakten Vertrag abzuschliessen, bevor mit dem Rückbau begonnen wird. Ich erlaube mir einen Hinweis an die Gegnerschaft des Verkaufs. Die Stimmberechtigten haben dem Verkauf – wenn auch nur knapp – zugestimmt. Das Projekt wurde zudem erheblich optimiert und der Kanton hat im Vorprüfungsverfahren die Genehmigung in Aussicht gestellt. Der Bebauungsplan hat mittlerweile eine sehr gute Qualität. Ich finde es etwas befremdlich, dass nun trotzdem jedes Element zum Verkauf im Prozess vehement bekämpft wird. Langsam frage ich mich, worum es der Gegnerschaft des Verkaufs eigentlich geht. Insbesondere ist nicht ansatzweise ersichtlich, was die Gemeinde mit der Herdschwand machen soll, wenn sie nicht verkauft geschweige denn abgerissen werden darf. Haben wir das Geld, ein Gebäude über Jahre leer stehen zu lassen? Haben wir Geld, für kulturelle Nutzungen? Wollen wir ein zweites Asylzentrum? Die CVP ist letztlich grossmehrheitlich der Überzeugung, dass der Abriss unumgänglich ist. Es handelt sich um eine Investition zur Verhinderung weiterer Kosten. Deshalb tritt die CVP grossmehrheitlich auf dieses Geschäft ein und wird dem Kredit zustimmen."

Andreas Schmidli:

"Seit einigen Wochen und Monaten wird in der Gemeinde rege diskutiert was mit dem Betagtenheim Herdschwand geschehen soll. Und je näher der Abstimmungstermin im Einwohnerrat kam, desto voller wurde mein E-Mail Posteingang, da sich Befürworter und Gegner mit Zahlen, Anschuldigungen, Unterstellungen und Gegendarstellungen anscheinend überbieten wollten. Wir sind uns bewusst, dass dieses Thema viele Emotionen und auch persönliche Interessen bei den betroffenen Parteien weckt. Nur muss man nüchtern betrachtet zu sich selber ehrlich sein und sich die Zeit nehmen, um die finanzielle Situation der Gemeinde sowie die Kosten für eine vorübergehende Instandhaltung des Betagtenheim Herdschwandes betrachten. Weiter ist auch zu sagen, dass die Gemeinde die einzelnen Varianten eingehend geprüft hat und so auch überzeugend darstellen konnte, dass ein Rückbau die beste Lösung ist. Wie viel eine Verriegelung oder eine Stilllegung die Gemeinde kosten wird, konnten wir von den diversen Voten sowie auch in der Gegendarstellung der Gemeinde lesen. Was dazu noch zu sagen ist, was passiert, wenn bei der Verriegelung eingebrochen wird? Wenn eine Besetzung passiert oder ein unbefugtes Betreten der Fall ist? Wer haftet bei Personenschäden? Wer haftet bei einer Sachbeschädigung? Wahrscheinlich die Gemeinde. Wollen wir diese Kosten auch übernehmen? Ich nicht. Wir stimmen somit dem Antrag des Gemeinderates für den Rückbau des Betagtenzentrums Herdschwand, dem dafür notwendigen Kredit von CHF 1.5 Mio. sowie der dazu nötigen Ausarbeitung der Vertragsanpassung zu. Vielen Dank."

Pius Müller:

"Ich muss sagen, dass ich schon etwas erschrak, als ich vom Abrissvorschlag hörte. Obwohl man es fast irgendwie erahnen konnte, dass der Hammer im wahrsten Sinn des Wortes kommen würde. War es doch gar etwas ruhig um die Herdschwand die letzten Monate. Wir von der SP sind der Meinung, dass der Abrissvorschlag ganz klar zum falschen Zeitpunkt erfolgt. Hat man wirklich alle Optionen geprüft? Die Gemeinde selbst spricht noch von zwei möglichen Zwischennutzern, wie zum Beispiel dem Alterszentrum Ruswil und dem Pflegezentrum Neuenkirch, oder hat man bei Novac Solutions nachgefasst, dem Profi für Zwischennutzungen? Hat man an die Studenten gedacht, die meist einfache, unkonventionelle Wohnformen suchen? Wieso sollte nicht die Gemeinde selbst ein Teil der Herdschwand in preisgünstigen Wohnraum umfunktionieren? Unserer Meinung nach sind die Betriebskosten und Aufwendungen für die allernötigsten Erneuerungen zwar hoch, aber im Kontext der momentanen Situation zu rechtfertigen. Und so ganz im Argen kann ja der Zustand des Gebäudes auch nicht sein, sonst wäre ja die laufende Vermietung kaum verantwortbar. Weiter gibt es nebst den ökonomischen auch die ökologischen Argumente: Mein Sohn hat mir neulich von einer Vorlesung der ETH zum Thema Umbauen / Neubauen mitgebracht, dass: "Nutzen, nutzen und noch einmal nutzen", meist der ökologischste Ansatz sei. Fazit zur Zwischennutzung der Herdschwand: Man hat einfach das Gefühl, dass man jetzt nicht mehr so richtig will und mit dem vorgezogenen Abriss Gebäudesubstanz vernichtet, statt sich allenfalls um einen Plan B zu kümmern. Bereitet der Umschwung der öffentlichen Meinung zu den verbliebenen Grundstücken der Gemeinde etwa Sorgen? Wir sind der Meinung, dass die Häuser solange stehen bleiben sollen bis geklärt ist, wann gebaut werden kann. Es ist mit Nachdruck, allenfalls mit Profis, nach weiteren Zwischennutzungslösungen zu suchen. Die SP ist deshalb für Nichteintreten. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Urs Dickerhof:

"Bei Profis nachfragen das ist in Ordnung, das kann man machen, das haben wir auch getan. Die Firmen sind aufgeführt und haben schlussendlich bezüglich dem Preis abgewunken, weil sie wissen, dass sie das nicht an die Leute bringen können. Das ist nur schon für die Erhaltung zu teuer, wenn sie dies so übernehmen müssten ohne, dass die Gemeinde einen Profit davon hätte, ohne, dass sie eine Pacht beziehen könnte, einfach weil wir es nur zur Verfügung stellen. Bezüglich der Studenten muss ich sagen, es ist eine Überlegung wert. Man muss einfach daran denken, woher wir kommen. Wir haben das Betagtenzentrum Herdschwand verlassen, weil es Vier-Bett-Zimmer waren. Diese Vier-Bett-Zimmer haben kein Wasser respektive nur ein Lavabo, aber die Duschen und die Toiletten sind auf dem Korridor. Das wird gemeinsam genützt. Die WC- und Duschanlagen etc. sind auch nicht behindertengerecht. Wenn wir dies so einer Nutzung zuführen würden, dann müsste man dies auch behindertengerecht machen, weil das Recht besteht, dass es für jedermann zugänglich ist. Die Betagtenzentren, welche aufgeführt worden sind, sind auf dann geplant das Gebäude zu beziehen, wenn geplant ist, mit dem Bau anzufangen. Wenn wir sagen, wir haben eine Planung, wir haben eine Vorstellung wann es ins Parlament kommt, wenn der Bebauungsplan verabschiedet wird etc., dann können wir nicht einem Betagtenzentrum sagen, du kannst damit rechnen, dass... Unter Umständen müssen wir dann sagen, das Betagtenzentrum kann nicht kommen. Diese Unzuverlässigkeit in der Planung wird kein möglicher Kunde in Kauf nehmen. Wenn wir

natürlich das Gefühl geben, dass wir das nicht gut vermarkten, kommuniziere ich vielleicht andere Gefühle. Das Gefühl ist Sicherheit. Ich weiss, es ist Ihnen wirklich egal, ob ich gut schlafe oder nicht. Aber die Gemeinde Horw hat einmal einen Felsen nicht gesichert und es ist ein Roma Kind, welches auf Diebestour war, dort runtergefallen. Dann musste die Gemeinde Horw für das aufkommen. Das war in der Verantwortung der Gemeinde Horw. Bei uns haben wir genau das Gleiche, wenn wir keine Sicherheit gewährleisten können, wenn jemand herunterfällt, dann sind wir als Werkeigentümer haftbar. Wenn es eine Besetzung gibt, dann gehe ich davon aus, dass die Besetzer schauen, dass nichts passiert. Aber das Gebäude ist offen, auch Kinder können das Gebäude betreten und zum Beispiel abstürzen und die Verantwortung tragen wir, die Gemeinde. Irgendwo muss man auch sagen, wenn wir mit Gefühlen argumentieren wollen, dann argumentiere ich mit unseren Gefühlen die einfach heissen, es ist schlauer und es ist geplant, man reisst es ab um die Sicherheit der Personen sicherzustellen. Erlauben Sie mir noch einen weiteren Punkt, welcher für uns wichtig ist und unsere Ausgangslage darlegt. Wir haben das Betagtenzentrum, in welchem wir heute sitzen, weil wir gesagt haben, wir streben in der Herdschwand eine Veränderung an. Wir sanieren das nicht mehr, weil die Sanierung zu teuer ist. Darum haben wir das Betagtenzentrum hier gebaut und danach folgerichtig gefragt, was macht man mit dem? Folgerichtig haben wir gesagt, dass ist die Planung, wir haben eine Ausschreibung gemacht, wir hatten einen Gewinner, wir haben es angepasst, wir haben es angeschaut, man hat korrigiert um nachher eine machbare Sache für alle hinzubekommen. Wenn das Gebäude abgerissen wird, kann es nach Plan oder nicht nach Plan, relativ schnell realisiert werden, ob dieser oder einen anderen Bebauungsplan, es ist eigentlich nicht matchentscheidend, sondern wir wollen die Sicherheit haben. Darum vernageln wir es auch nicht oder stellen Zäune, sondern wir machen Tabula rasa, dann haben wir eine zukünftig optimale Ausgangslage um weitere Planungen zu machen, egal wo diese durchführen. Besten Dank."

Benedikt Schneider:

"Beinahe schulden wir dem Gemeinderat Dank, dass er uns die Chance einräumt, eine zusätzliche Volksabstimmung über das künftige Schicksal des Betagtenzentrums auf der Herdschwand zu erreichen. Das Resultat der Abstimmung über den Vorkaufsvertrag war dermassen knapp, dass ein Referendum gegen den voreiligen Rückbau der erst 41-jährigen Bausubstanz durchaus Erfolgsaussichten in einer Volksabstimmung hat. Der Einwohnerrat wäre daher gut beraten, das Geschäft zurückzuweisen oder den Kredit nicht zu gewähren oder den Gemeinderat zu beauftragen, eine vernünftige Notsanierung durchzuführen und unverzüglich und mit Hochdruck eine Zwischennutzung aufzugleisen, sowie einen Plan B ins Auge zu fassen. Ich spreche im Folgenden nur wenig über die Folgen des Wachstums auf die Finanzen der Gemeinde Emmen. Ich spreche nicht über die Frage, ob die Verlängerung des Vorkaufsvertrags ohne Beschluss des Einwohnerrates oder ohne eine neue Volksabstimmung für beide Parteien bindend ist. Ich spreche auch nicht über die Frage, ob die nachträgliche Verlängerung der Rücktrittsklausel dazu geführt haben könnte, dass das neue Bodenreglement nun auch auf das Gelände der Herdschwand angewandt werden müsste. Ich spreche im Folgenden auch nicht über die Frage der Höhe der Reduktion der Zahlungen aus dem Finanzausgleich nach erfolgtem Verkauf. Ich spreche im Folgenden ausschliesslich über die Frage und die Folgen des vorfinanzierten Rückbaus. Wie Sie alle wissen, wurde der Vorkaufsvertrag mit hauchdünner Mehrheit angenommen. Das Komitee "Herdschwand

erhalten zum Nutzen aller" hatte damals keine Gelegenheit erhalten, die Argumente in der Abstimmungsbroschüre darzulegen. Bei der Bodeninitiative, als die Initianten Ihre Überlegungen darlegen konnten, wurde das Reglement mit deutlichem Mehr angenommen. Nachdem das Projekt verändert wurde und auch der Verkaufspreis gesunken ist, liegen zudem veränderte Tatsachen vor. Das Geschäft ist und bleibt daher umstritten und hat noch mehrere Hürden zu nehmen. Sei es, dass der Bebauungsplan abgelehnt oder nicht genehmigt wird, sei es, dass eine oder mehrere Einsprecher gerichtlich erfolgreich vorgehen, sei es, dass die Umzonung vor dem Volk keine Mehrheit findet. Auch wenn die Verlängerung des Rücktrittsrechts öffentlich beurkundet wurde, so ist noch lange nicht sicher, dass Losinger Marazzi AG nicht doch noch zurücktritt und aussteigt. Auch wenn heute Durchhalteparolen erklingen, so ist doch das Geschäft nach wie vor in der Schwebe. Vergessen wir nicht, dass der Leerwohnungsbestand ansteigt und dass das Wachstum zu Mehrverkehr und zu Mehrkosten für die Gemeinde führt. Was heute als willkommene Einnahme erscheint, droht am langen Ende zum Waterloo zu werden. Kurz gesagt, es besteht ein erhebliches Risiko, dass das geplante Projekt nie gebaut wird und dass der Investor zurücktritt. Würde nun das Gebäude auf der Herdschwand vorzeitig zurückgebaut, abgerissen bzw. ausgegraben, würde ein Plan B mit Nutzung der heutigen Substanz mit einem Versicherungswert von CHF 25 Mio. verhindert. Es würde die Tatsache geschaffen, dass zwingend ein Neubau erstellt werden muss, es sei denn, es würde eine Parkanlage geschaffen oder während Jahren eine Baugrube renaturiert. Der voreilige Rückbau würde aber eine Zwischennutzung verunmöglichen, bevor endgültig geklärt ist, was künftig auf dem Areal geschehen soll. Müsste aber ein neues Projekt ausgearbeitet werden, könnten Jahre vergehen, in denen die Gemeinde Emmen für die Sicherung des Geländes und das ist auch der Fall, wenn man es ausgräbt, weil eine Baugrube kann genauso zu einem Absturz führen wie ein Gebäude und die Pflege der Umgebung verantwortlich wäre. Die Kosten und der Imageschaden würden die Instandstellungskosten um ein Mehrfaches überschreiten. Warum soll die Bausubstanz des Personalhauses gut genug sein für eine Weiternutzung, die restliche Anlage hingegen nicht? Hätte die Gemeinde Emmen aufgrund des Wachstums nicht genügend Bedarf, um die Gebäude zumindest vorübergehend selbst weiter zu nutzen? Könnten nicht Sozialhilfebezügler untergebracht und die Garagen und Parkplätze vermietet werden? Könnte nicht Schulraum, insbesondere im Lehrplan 21 willkommene Gruppenräume geschaffen werden? Könnten nicht weitere Mietkosten eingespart werden? Wenn man nur ein bisschen wollte, könnte mit wenig Aufwand kühlere Büroräumlichkeiten eingerichtet werden, die während der irgendwann anstehenden Sanierung des Verwaltungsgebäudes im Gersag weitergenutzt werden könnten. Vergessen wir nicht, dass die Hochschule für Design & Kunst heute von einem Glücksfall im Gebäude 753 spricht. Vergessen wir nicht, dass auch das Gersag zu einem ungeahnten Glücksfall für das le théâtre wurde. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Herdschwand mit den bestehenden Gebäuden ein Glücksfall werden wird. Wir wissen nur noch nicht für wen. Warum aber soll nicht auch die Gemeinde Emmen selbst einmal einen Glücksfall erleben? Mit einem voreiligen Rückbau geht die Gemeinde Emmen ohne Not ein erhebliches Risiko ein. Erstens entgehen willkommene Zwischeneinnahmen, zweitens fallen auch bei einem Rückbau Sicherheits- und Umgebungskosten an, die nicht an einen Nutzer abgewälzt werden können, drittens werden wegen des Rückbaus der weiten unterirdischen Anlagen Bäume gefällt und ein grosser Teil des Geländes wesentlich verändert. Die Baugrube würde wohl kaum zugeschüttet und das Gelände müsste gegen Hangrutsche gesichert werden. Viertens ist auch der Rückbau selbst mit erheblichen Risiken belastet. Sollte der Verkauf nicht gelingen, würde die Gemeinde Emmen auf den Rückbaukosten sitzen bleiben und müsste die Kosten von

Unvorhergesehenem tragen. Es ist durchaus denkbar, dass das Herausbrechen der unterirdischen Anlagen wegen der Erschütterungen zu Rissen und anderen Schäden an den umliegenden Gebäuden führt. Dafür würde die Gemeinde Emmen ohne Not die Haftung übernehmen. Die Gemeinde Emmen müsste übrigens auch die Kosten für den Ausbau der in fremdem Eigentum stehenden Kunst am Bau übernehmen. So müsste im ehemaligen Bad ein Mosaik ausgebaut werden. Dies allein könnte den Rückbau wesentlich verzögern und verteuern. Würde man zuwarten mit dem Rückbau, könnte doch das Gebäude durch einheimische Handwerker notsaniert und danach zumindest kostendeckend, wenn nicht gewinnbringend weiter genutzt werden. Der nachträglich genannte Betrag von CHF 1.4 Mio. scheint uns zu hoch angesetzt für eine Notstandhaltung. Andererseits zeigt dieser Betrag, dass eine Sanierung mittelfristig weniger kostet, als die reinen Rückbaukosten. Die Gebäudesubstanz ist somit in gutem Grundzustand, auch wenn der Unterhalt in den letzten Jahren vernachlässigt wurde. Für den Fall eines Verkaufs könnte zudem ein Teil der Kosten weiterüberwälzt werden, bleibt doch mindestens das Personalhaus in jedem Fall erhalten. Das Komitee "Herdschwand erhalten zum Nutzen aller" ist bereit, sofort nach dem Entscheid des Einwohnerrates mit dem Unterschriftensammeln zu beginnen. Der Einwohnerrat wäre daher gut beraten, den Kredit nicht zu sprechen und das Geschäft zurückzuweisen. Erstens gefährdet der Entscheid das Verkaufsgeschäft noch mehr. Zweitens entsteht dadurch eine Verzögerung. Drittens entstünde eine Baubrache ohne Einnahmen aus einer Zwischennutzung. Viertens übernimmt die Gemeinde Emmen das Kostenrisiko und fünftens entstehen die Kosten für eine Volksabstimmung. Statt Tatsachen zu schaffen, wäre der Gemeinderat gut beraten, einen Plan B zu schmieden und mit Hochdruck eine Zwischennutzung aufzugleisen, sei es, dass die Gemeinde Emmen die Gebäude selbst nutzt, sei es, dass diese an Dritte vermietet werden. Wir fordern Sie daher auf, keine Tatsachen zu schaffen, die Ihnen selbst am Ende zu schaffen machen. Warten wir doch ab mit dem Rückbau, bis alle Voraussetzungen für das künftige Projekt auf der Herdschwand rechtskräftig erfüllt sind und finden wir bis dann eine Zwischennutzung, die zumindest die Kosten für die Sicherung, den Unterhalt und die Notsanierung deckt."

Andreas Kappeler:

"Nur ganz kurz. Ich möchte etwas zu Gemeinderat Urs Dickerhof sagen. Ich habe aus zeitlichen Gründen nicht alle aufgeführten Firmen angerufen, welche die Zwischennutzung abgeklärt haben sollen. Dort wo ich es gemacht habe, habe ich nicht ganz diese Aussage erhalten, welche Gemeinderat Urs Dickerhof uns mitgeteilt hat. Erstens, es ist offenbar Interesse und Potential für die Zwischennutzungen vorhanden. Zweitens, die Zahlen, welche die Gemeinde für den Unterhalt ausgewiesen hat, die sind sehr hoch, das ist richtig und dann ist es schwierig, die Zwischennutzung zu machen. Aber hier kommt ein wesentlicher Zusatz zum Klären, ob es auch alternativ Möglichkeiten gibt, bei der man zum Beispiel kein Wasser braucht oder einfach gewisse Sachen in gewissen Räumen nicht braucht. Diese Abklärungen sind nicht gemacht worden, weil gar kein Auftrag von der Gemeinde gekommen ist. Dort wo ich nachgefragt habe, war das so. Darum meine ich ist es nicht ganz richtig, dass es nicht möglich ist und dass diese alle abgesagt haben. Die Gemeinde wollte vielmehr keine weiteren vertieften Abklärungen machen lassen, nehme ich an."

Franz Räber:

"Ich habe irgendwie das Gefühl, ich bin im falschen Film. Es geht nicht darum ob das Herdschwand verkauft wird oder nicht, wie das von den Linken Parteien behauptet wird. Ich habe manchmal das Gefühl es wird über Verkauf oder nicht Verkauf diskutiert. Ich glaube, wenn wir nochmals von vorne anfangen mit möglichen Zwischennutzungen auf die weitere Dauer sowie Notsanierungen und Sanierungen, dann sprechen wir in Gottes Namen über so etwas. Wie können wir in Zukunft das Betagtenzentrum wieder nutzen? Ich höre nur das und das ist nicht das Diskussionsthema. Bitte respektieren Sie den Volksentscheid auch wenn er knapp war, das gebe ich zu. Aber es ist so, dass diese Parzelle jetzt verkauft wird. Was ich auch nicht verstehe, das ist das Vertrauen in unsere Planungsabteilung. Vorher bei der Ortsplanung hätten wir ihr blind vertrauen und bei den Zahlen einfach Ja sagen sollen. Das ist so, das machen wir so. Jetzt plötzlich wird alles angezweifelt, es stimmt gar nichts und es ist alles falsch. Das ist der zweite Punkt. Dem einzigen Punkt, welchem ich der Linken Parteien Recht gebe ist, dass ein nicht Weiterkommen der Anfang vom Ende der Neuschwand ist. Das ist richtig, das ist definitiv so. Aber wenn es einen Anfang vom Ende der Neuschwand ist, dann ist es auch ein Anfang vom Ende der Gemeindefinanzen und der Gemeinde Emmen. Genau hier kommt jetzt wieder der finanzielle Teil dazu. Mit dem Vorvertrag hat man gewisse Millionen freigestellt, welche wir irgendwann zurückzahlen müssen. Das werden wir müssen, wenn der Anfang vom Ende der Neuschwand kommt. Wer diese Verantwortung trägt, den möchte ich kennenlernen."

Urs Dickerhof:

"Es wurde gesagt, dass wir Glück gehabt haben, dass das gekommen ist, man kann aber auch das Glück strapazieren, vielleicht kommt es dann nicht mehr. Wir haben dazu Überlegungen gemacht, was wir mit der Herdschwand machen wollen und bevor wir hierhergekommen sind haben wir eine ganze Analyse gemacht, was kostet es um das Gebäude aufrecht zu erhalten, damit es nachher wieder für einen Zweck genutzt werden kann. Am Anfang ging man von CHF 30 Mio. aus und am Schluss kam man auf über CHF 40 Mio., welche man investieren müsste. Dann haben wir gesagt, diese Investitionen machen keinen Sinn, weil das Gebäude auch schon ein gewisses Alter hat. Vielleicht hilft es Ihnen ein wenig, die Kirchgemeinde Emmen mit dem Pfarreiheim Gerliswil sind ebenfalls vom selben Architekten und in derselben Zeit gebaut worden. Dieses höhlen sie jetzt innen aus und machen es neu. Das ist genau dasselbe, was nachher der Käufer von diesem Herdschwand-Gebiet mit dem bestehenden Haus machen wird. Er höhlt es innen aus und führt es neu zu. Damit sind alle Röhren, der Starkstrom etc. gewechselt. Das ist seine Idee, weil er gemerkt hat, wenn er seine Einfamilienhäuser bauen möchte, dass er dann ein Problem hätte, also lässt er es besser stehen. Wir haben ein zweites funktionsfähiges Gebäude, das ist das Verwaltungsgebäude. Aus dem Verwaltungsgebäude könnte man eine Wohnung machen. Das steht auf dem Notspital des Zivilschutzes, welches nicht mehr funktionsfähig ist, respektive abgestellt wurde. Also dann muss man irgendein Raum betreuen, welcher nicht mehr betreut werden kann. Wenn ich alles zusammen in der Summe anschau muss ich sagen, der Sinn in dieser Diskussion ist nur ob wir aus dem Gebäude etwas machen können oder nicht. Da muss ich Einwohnerrat Franz Räber Recht geben. Die Diskussion, welche wir hier führen betrifft mehr, dass Sie ein Referendum ergreifen wollen. Dann ergreifen Sie das Referendum, das ist Ihr Recht und das soll auch so sein. Nur irgendwann muss man

dann auch die Volksmeinung akzeptieren, auch wenn es nur 50,1 % sind. Es ist eine Volksmehrheit. Wenn man es nicht akzeptieren kann, muss man dies auch mal anders auslegen und es ist nur noch ein Trotzen. Der Gemeinderat hat ein positives Abstimmungsergebnis, er hat weitergearbeitet und das ist der nächste Schritt den wir machen. Wenn ein Referendum ergriffen wird, egal ob gegen den Bebauungsplan, gegen den Abriss oder irgendetwas, irgendwann ist Ende. Entweder es fällt auf die eine oder auf die andere Seite und irgendwann ist einfach Ende. Das Geld, welches Sie verschleudert haben, die, welche dem negativ gegenüberstehen, da muss ich auch Einwohnerrat Franz Räber Recht geben, das haben Sie zu verantworten und nicht wir. Wir waren immer transparent, wir sind mit den Botschaften gekommen, wir haben gesagt was wir wollen und danach können Sie darüber entscheiden und definitiv entscheidet das Volk, welchen Weg wir gehen. Wir, der Gemeinderat, akzeptieren Volksentscheide."

Andreas Kappeler:

"Kurz zum Vorwurf, welchen wir gehört haben, dass wir gegen diesen Verkauf sind. Wir Grünen haben das in dieser Diskussion nicht gesagt. Uns geht es darum, dass wir finden, es gäbe eine andere Nutzungsmöglichkeit bis die Umzonung und der Verkauf durch ist. Falls dieser Verkauf nicht zu Stande kommt, wir sehen diesen Widerstand auch, ist es die bessere Lösung, wenn wir dieses Gebäude haben und noch nutzen anstatt, dass wir eine Baugrube haben. Das ist das, was wir gesagt haben. Noch kurz zum Hinweis, dass der Gemeinderat Volksentscheide akzeptiert, das stimmt, dies macht er. Bei der Bodeninitiative haben wir auch noch eine zweite Runde gemacht, welche nicht um jeden Preis nötig gewesen wäre. Wir hätten auf diese Volksabstimmung auch verzichten können. Im Nachhinein war es gut, dass wir sie gemacht haben aber man hat auch dort eine unnötige Zusatzschleife gemacht."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben gehört, es gibt einen Antrag auf Nichteintreten. Wir stimmen darüber ab."

Abstimmung Nichteintreten

Eintreten wurde mit 27 zu 11 Stimmen beschlossen und der Nichteintretensantrag somit abgelehnt.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wir kommen zur Lesung des Bericht und Antrags."

Lesung

2. Einleitung

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Einwohnerrat Andreas Kappeler."

Andreas Kappeler:

"Aus dem B+A ist nicht klar ersichtlich, was mit dem Areal passiert auf dem die Gebäude stehen, welche abgerissen werden sollen. Was passiert mit dem Areal nach dem Abriss? Ist das nachher eine Baugrube oder umfunktioniert man dies zu einem Park, welchen man bis zur Neuüberbauung für die Öffentlichkeit nutzen kann? Wie sieht das dort aus?"

Urs Dickerhof:

"Wenn ich den Terminplan auf der Seite drei anschau, dann hat der Gemeinderat nicht vorgesehen, dass eine zusätzliche Nutzung oder sonstiges geplant ist. Dementsprechend ist so nichts vorgesehen was man auf dem Gebiet machen soll. Nach unserem Terminplan ist ersichtlich, wann die Bautätigkeiten anfangen. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn grosse Investitionen zu tätigen, wenn es gemäss unserem Programm läuft."

Lesung

2.4 Rückbau

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Eiwohnerrat Christian Meister."

Christian Meister:

"Die Qualität des B+A ist wirklich dürftig, das haben wir vorher bereits gehört. Plus/minus CHF 1.5 Mio. kostet der Rückbau. Reserven 20 %. Vorher haben wir ellenlang um 10 % diskutiert, hier sind 20 % kein Problem. Ich bin der Meinung, wir bleiben heute konsequent und streichen diese 20 % Reserven. Ich stelle den Antrag um Streichung der 20 % Reserven."

Lesung

3. Antrag

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Einwohnerrat Andreas Kappeler."

Andreas Kappeler:

"Ich habe einen ergänzenden Antrag und zwar geht es mir darum, dass ich nicht will, dass auf unbestimmte Zeit eine Baugrube dort ist. Ich glaube auch nicht an den aufgestellten Zeitplan des Gemeinderates. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es einmal zu einem Referendum kommen wird. Eventuell wird es auch bei der Umzonung zu einem Referendum kommen oder es gibt andere Verzögerungen. Darum denke ich, dass wir nicht zulassen können, dass mitten in unserer Gemeinde während unbestimmter Zeit - es können auch Jahre sein - eine Baugrube offen liegt, welche die Öffentlichkeit nicht mehr nutzen kann. Heute haben wir dort ein Areal, welches öffentlich zugänglich ist und gewisse Fusswege durchgehen. Ich meine zumindest das, sowie die Bänke, werden dort genutzt. Ich bin auch schon durchgelaufen, es wird auch von Leuten genutzt, welche nicht im Betagtenzentrum sind. Darum stellen wir den Antrag, wie er hier vorliegt: Der Gemeinderat hat vor einem Abriss ein Nutzungskonzept vorzulegen, welches aufzeigt, wie auch nach dem Abriss eine öffentliche Nutzung des Areals möglich bleibt. Die Kosten für die Erstellung dieses Nutzungskonzepts sollen aus dem bestehenden Kredit finanziert werden."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben den Antrag um Aufnahme eines neuen Punktes 2 im Antrag der Grünen Fraktion gehört: Ich lese Ihnen diesen nochmals vor:

Neuer 2. Punkt: Der Gemeinderat hat vor einem Abriss ein Nutzungskonzept vorzulegen, welches aufzeigt, wie auch nach dem Abriss eine öffentliche Nutzung des Areals möglich bleibt. Die Kosten für die Erstellung dieses Nutzungskonzepts sollen aus dem bestehenden Kredit finanziert werden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Urs Dickerhof."

Urs Dickerhof:

"Es ist ein Fussweg, welcher vom Bahnhof über die Herdschwand hinter der Berufsschule durchgeht. Das sind Fusswege, welche man bei der Bebauung respektive bei der ganzen Planung berücksichtigt hat, dass diese Wege nicht verlegt werden und weiter existieren und wenn wir das Gebäude abreissen, dann entfernen wir diese Wege nicht, sondern nehmen nur das Gebäude weg. Wenn das darunter verstanden

wird und so habe ich das bei der Erklärung dieses Antrags verstanden, dass die Durchlässigkeit durch das Gelände weiterhin gegeben ist. Es ist nicht vorgesehen, dass wir den Spycher abreißen oder dass wir die Eiche entfernen sondern es sind die Gebäude die abgerissen werden. Damit ist dies erklärt und mehr braucht es nicht ausser, es ist noch etwas anderes dahinter. Wir können kein Nutzungskonzept für einen Weg machen. Wir können nur sagen, was entfernt wird und was nicht. Wir reden vom Abriss des Gebäudes und nicht von der Entfernung des Durchgangsweges, welcher gegeben ist."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen somit zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag der Grünen Fraktion wurde mit 25 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat Herr Einwohnerrat Andreas Kappeler."

Andreas Kappeler:

"Herzlichen Dank. Wir haben noch einen zweiten Antrag. Im Ersten Antrag ging es darum, dass der Gemeinderat aufzeigen soll, wie die Nutzung möglich ist. In diesem Antrag geht es uns darum, dass wir verhindern wollen, dass die Baubrache jahrelang stehen bleibt und die Öffentlichkeit das Areal weiterhin nutzen kann. Es geht um die Umsetzung. Ich gehe davon aus, dass wir dort höhere Kosten haben werden und darum wird es mit dem gesprochenen Kredit nicht funktionieren. Hierfür ist dem Einwohnerrat, sofern es die Kosten erfordern, ein entsprechender B+A vorzulegen. Ich verzichte den Antrag vorzulesen, er liegt vorne vor."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Sie haben den Antrag um Aufnahme eines neuen Punktes 3 im Antrag der Grünen Fraktion gehört: Ich lese Ihnen diesen nochmals vor:

Neuer Punkt 3: Der Gemeinderat hat nach dem Abriss das Areal wieder so herzustellen, dass eine öffentliche Nutzung, zumindest wie heute, weiterhin möglich ist. Hierfür ist dem Einwohnerrat, sofern es die Kosten erfordern, ein entsprechender Bericht und Antrag vorzulegen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Her Einwohnerrat Patrick Schmid."

Patrick Schmid:

"Es ist schade, dass wir diese Punkte nicht in der BVK-Sitzung besprechen konnten, Herr Einwohnerrat Andreas Kappeler. In diesem Antrag fehlt für mich persönlich der Faktor Zeit. Sie verlangen, dass direkt nach dem Abriss einen Park oder eine sonstige öffentliche Nutzung gemacht werden soll. Ich glaube vom Zeitplan her viel Geld zu investieren macht keinen Sinn. Bei Nichtzustandekommen des Geschäftes mit Losinger Marazzi AG müsste der Antrag dann so sein. Einfach einen Park bauen, welchen man nach einem halben Jahr wieder abreißen muss, macht in meinen Augen keinen Sinn."

Andreas Kappeler:

"Ich habe bewusst keine Zeitdauer genommen. Ich bin natürlich auch der Meinung, wenn es sich abzeichnet, das ist erst nach der Abstimmung und nach einem allfälligen Abriss, dass eine andere Nutzung bzw. die Überbauung schnell kommt sehe ich auch ein, dass wir nicht eine dauerhafte Lösung finden müssen. Aber wenn das nicht kommt oder nicht in absehbarer Zeit, muss der Gemeinderat dem Einwohnerrat für die zukünftige Nutzung dieses Areals einen B+A vorlegen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit kommen wir zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag der Grünen Fraktion wurde mit 25 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wir kommen zum Antrag von Herr Einwohnerrat Christian Meister: Die im Kredit von CHF 1.5 Mio. enthaltenen 20 % Reserven zu streichen und somit nur CHF 1.2 Mio. zu bewilligen. Das Wort hat Herr Gemeinderat Urs Dickerhof."

Urs Dickerhof:

"Wir opponieren diesem Antrag. Wir hatten eine Richtofferte und wir müssen immer noch an eine Schwierigkeit denken, es wurde in den Sechzigerjahren gebaut. Wenn Schadstoffe zu entfernen sind respektive wenn man diese entsorgen muss, kann das eine Beeinflussung des Preises haben, dies können wir so noch nicht sagen. Das Eine ist natürlich innerhalb des Baus und auf der anderen Seite weiss man, dass dort früher ein Schiesstand stand und es dort noch Blei hat. Wie stark es ist, wissen wir nicht. Das

führt dazu, dass man gesagt hat diese Kostengenauigkeit plus/minus 20 % und nicht nur plus/minus 10 %, wie man es sonst bei einer Richtofferte machen würde. Es geht darum, dass wenn wir Schadstoffe finden, dass wir diese zusätzlichen Kosten in der Abrechnung darstellen und natürlich wieder Übertragen können. Das ist das, was Herr Einwohnerrat Christian Blunschli gesagt hat. Wir müssen sehr gut schauen, wie wir diesen Vertrag formulieren, dass auch die Entsorgung der eventuell vorkommenden Schadstoffen beinhaltet ist."

Christian Blunschli:

"Mit diesem überraschendem Antrag habe ich persönliche Sympathien. Vorher hatten wir einen sehr ausgewogenen Bericht bei dem es explizit ausgewiesen war. Jetzt sagt man plus/minus 20 % und das offensichtlich wegen den Asbest- und Bleisanierungen. Ich bin der Meinung, selbst wenn wir das auf CHF 1.2 Mio. senken, Asbest- und Bleisanierungen sind Kosten bei denen wir auch ohne Nachtragskredit eine Kreditüberschreitung einholen können, was auch gemäss Finanzhaushaltsgesetz zulässig ist. Dies sind strikt gebundene Ausgaben."

Urs Dickerhof:

"Es ist in der Tat, dass der Gemeinderat dieses Jahr noch bis zum 31.12 die Kompetenz hat einen Eigenkredit von CHF 500'000.00 zu sprechen. Wenn wir das Ganze jetzt auf CHF 1.2 Mio. reduzieren würden und der Gemeinderat würde die CHF 500'000.00 sprechen, dann ist es gehüpft wie gesprungen, dann sind wir bei CHF 1.7 Mio. und sonst bei CHF 1.8 Mio. Der Unterschied ist nicht so gross aber wir sind lieber für Transparenz und sagen CHF 1.5 Mio. und dann hoffen wir darauf, dass wir nicht so viele Schadstoffe etc. entfernen müssen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen somit zur Abstimmung."

Abstimmung

Der Antrag der CVP Fraktion wurde mit 20 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wir kommen zum Antrag. Gibt es ein Rückkommen? Wenn nicht, kommen wir zur Schlussabstimmung:

Der Antrag des Gemeinderates lautet:

1. Zustimmung zum Rückbau der Gebäude des ehemaligen Betagtenzentrums Herdschwand nach dem Auszug des Altersheim Unterlöchli per 31. August 2017 mit Sprechung des notwendigen Kredites von CHF 1'500'000.00.
2. Auftrag an den Gemeinderat zur Ausarbeitung der Vertragsanpassung für die Rückerstattung der Rückbaukosten beim Verkauf der Liegenschaft Herdschwand.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates wurde mit 26 zu 12 angenommen.

Die Traktanden 8 bis 12 wurden auf die nächste Sitzung verschoben.

Fragestunde

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wem darf ich das Wort erteilen? Das Wort wird nicht verlangt."

Verabschiedung Roland Bammert

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Herr Einwohnerrat Roland Bammert war seit September 2012 im Einwohnerrat Emmen tätig. Zudem hat er im Dezember 2014 Einsitz in die Bau- und Verkehrskommission genommen. Er hat per Ende Juli 2017 seinen Rücktritt erklärt. Wir wünschen Roland Bammert alles Gute für die Zukunft, insbesondere für den kommenden neuen Lebensabschnitt, und danken ihm für sein Engagement zu Gunsten der Emmer Bevölkerung. Roland, darf ich dich bitten kurz nach vorne zu treten, um den Dank der Gemeinde Emmen entgegenzunehmen."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Vor den Wahlen des Ratsbüros machen wir eine Pause bis 17.00 Uhr."

13. Wahlen für das Amtsjahr 2017/2018 (1.9. - 31.8.) (16/17)

a) Wahl der Ratspräsidentin

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Büros und deren Stellvertreter

a) Wahl der Ratspräsidentin

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Die SP Fraktion schlägt Ihnen Frau Judith Suppiger als Ratspräsidentin für das Amtsjahr 2017/2018 vor. Frau Einwohnerrätin Barbara Fas, Sie haben das Wort."

Barbara Fas:

"Ich freue mich sehr, Ihnen heute Judith Suppiger zur Wahl als Einwohnerratspräsidentin 2017/2018 empfehlen zu dürfen. Judith ist in Emmen ausserordentlich gut verankert und vernetzt. Seit ihrem 4. Altersjahr wohnt sie in der Gemeinde. Viele Jahre war sie aktives Mitglied des Handballvereins. Ausserdem ist sie Fasnächtlerin mit Leib und Seele. Natürlich auch hier aktiv als Mitglied der "Guggenmusig Schügumugger". Ihr berufliches Herz schlägt für die Schule Meierhöfli, wo sie seit über 20 Jahren nach wie vor mit viel Freude und Engagement ihre Primarschüler und –schülerinnen unterrichtet. Trotz Partner und drei Kindern findet sie auch Zeit, sich kreativ zu betätigen. Ihre Werke hat sie bereits mit viel Erfolg am Weihnachtsmarkt in Kriens und auch in Emmenbrücke verkauft. Entspannung findet sie, wenn sie mal eine ruhige Minute hat, bei der Lektüre von Krimis und Thrillern, je blutiger desto lieber. Judith ist eine besonnene Person, die vieles hinterfragt und sich auch nicht scheut, nachzufragen, wenn etwas nicht klar oder sie etwas nicht richtig findet. So hat sie sich auch ihren Schritt, Mitglied der SP zu werden, gut überlegt. Doch als sie sich einmal dazu entschlossen hatte, war bald klar – wie könnte es auch anders sein – dass sie sich aktiv einbringen will. Bald schon wurde sie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Emmen und kandidierte gleich bei der ersten Gelegenheit im 2012 für den Einwohnerrat. Auf Anhieb erzielte sie ein Glanzresultat und konnte schon bald nachrücken. Im 2016 wurde sie mit dem weitaus besten Resultat der SP-Kandidaten und Kandidatinnen wiedergewählt. Übrigens mit dem höchsten Anteil an SVP-Stimmen, das ein SP-Mitglied je erzielt hat. Wobei ich persönlich natürlich etwas gespalten bin, ob man darauf nun stolz sein soll oder nicht. Jedoch genau mit dieser Fähigkeit, sich mit Personen aus allen Lagern verständigen zu können und ihrer Art, offen und unvoreingenommen auf die Leute zuzugehen, wird sie den Einwohnerrat überall würdig überzeugend und mit viel Herz vertreten. Deshalb empfehle ich Ihnen Judith Suppiger wärmstens zur Wahl als Einwohnerratspräsidentin. Dennoch will ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen guten Ratschlag geben: Wenn es nötig ist, macht Judith schon auch mal klar, wer der Boss im Schulzimmer ist. Also, halten Sie sich an die Regeln, sonst könnte Ihnen das Gleiche hier im Rat passieren."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wir schreiten zur Wahl. Sie haben gehört, die SP Fraktion schlägt Ihnen Frau Einwohnerrätin Judith Suppiger vor. Werden weitere Vorschläge gemacht? Das Wort wird nicht mehr verlangt. Somit bitte ich die Stimmzähler die Wahlzettel auszuteilen."

Wahl der Einwohnerratspräsidentin für das Amtsjahr 2017/2018:

Ausgeteilte Wahlzettel	38
Eingegangene Wahlzettel	38
Leere Wahlzettel	0
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	38
Absolutes Mehr	20
Stimmen hat erhalten und ist gewählt: Judith Suppiger	38

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Das Wort hat die neugewählte Einwohnerratspräsidentin für die Wahlannahmeerklärung für das Amtsjahr 2017/2018."

Wahlannahme Erklärung **Judith Suppiger:**

"Heute ist der 4. Juli. Amerika feiert den Independence Day, den Unabhängigkeitstag und ich darf heute meine Wahl feiern. Ich danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Sie haben mich heute zu Ihrer Präsidentin gewählt. Darauf bin ich stolz! Herzlichen Dank Barbara für die treffenden Worte. Man kann übrigens unter anderem in einer Guggenmusik viel SVP Stimmen sammeln. Diese Guggenmusik lernen Sie später noch kennen. Herzlichen Dank jetzt schon an die Musikgesellschaft Emmen, dass ihr hier seid und keinen Marsch gespielt habt. Herzlichen Dank meiner Familie für die Zeit, die ihr mir schenkt, um dieses Amt auszuführen. Ich werde wahrscheinlich nächstes Jahr nicht mehr so viel zu Hause sein, wie dieses Jahr. Herzlichen Dank an alle, die hierhergekommen sind, um bei meiner Wahl dabei zu sein. Herzlichen Dank an alle für das Verständnis für mich. Ich bin, wie ich bin. Ich habe schon einige gute Tipps mit auf den Weg bekommen, was ich in diesem Jahr alles machen sollte. Die guten Vorsätze gehen von "den Velohelm nicht mehr vergessen" über "das Bier erst nach der Ansprache trinken" bis zu "ein Essen für alle ehemaligen Präsidentinnen und Präsidenten organisieren." Ich bin, wie ich bin. Falls Sie

mich einmal ohne Velohelm sehen oder ich schon vor meiner Ansprache "rüüdig" Durst habe, dann wissen Sie: Ich bin, wie ich bin. Authentisch und echt sein, das ist mir wichtig. Ich werde dieses Amt gerne und mit dem gebührenden Respekt ausüben. Ich freue mich darauf, viel Neues und Interessantes kennen zu lernen. Ich werde mein Amt ausnutzen, um Ihnen die Schulen der Gemeinde Emmen und damit verbunden spezielle Projekte und Methoden näher zu bringen. Wie sie bereits gehört haben, ich gebe seit 22 Jahren Schule im Meierhöfli. Ich bin mit Leib und Seele Primarlehrerin. Ich möchte Ihnen während diesem Jahr zeigen, warum das Unterrichten Spass macht und warum engagierte Lehrpersonen wichtig sind für unsere Gemeinde. Heute werden Sie bereits das erste Mal mit einem Projekt aus dem Schulhaus Gersag 1 und 2 konfrontiert. Ich habe die Schulband vom Gersag 1 und 2 eingeladen. Mehr dazu verrate ich Ihnen später. Auch werden Sie heute eine von meinen Unterrichtsmethoden kennen lernen. Ich bin nämlich überzeugt davon, dass lernen mit Bewegung in Einklang gebracht werden soll. Darum bitte ich Sie, nach dem Apéro einen Zettel zu ziehen bei Barbara Fas oder bei Judith Portmann. Darauf steht eine Rechnung und ein Wort. Sie werden die Rechnung brauchen um herauszufinden, an welchem Tisch Sie sitzen werden. Wenn Sie dies nicht ausrechnen können, müssen Sie nach Hause gehen. Zudem werde ich mir erlauben, vor jeder Sitzung des Einwohnerrates ein Projekt aus einem anderen Schulhaus vorzustellen. Ich werde jeweils eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung einige Bilder abspielen lassen. In der Zeit, in der Sie sich für die Sitzung bereitmachen, haben Sie vielleicht kurz Zeit, sich die Bilder anzuschauen. Das Projekt werde ich zu Beginn der Sitzung in wenigen Worten erklären. Ich möchte Sie damit nicht nerven, sondern aufklären. Viele Lehrpersonen der Schulen Emmen machen mit ihren Schülerinnen und Schülern spannende und lehrreiche Sachen. Nur wenige bekommen davon etwas mit. Sie sind nun in der bevorzugten Lage, mehr darüber zu erfahren. Sie sehen, ich habe einiges vor. Ich hoffe sehr, dass es klappt. Sonst ist es halt wie mit dem Velohelm. Ich freue mich auf ein wunderbares Jahr. Ich freue mich, dass Einwohnerrat Thomas Bühler mein Vize ist. Das klappt gut. Ich freue mich darauf, viel Neues zu lernen. Ich möchte mich bedanken für das Jahr mit Einwohnerratspräsident Roland Ottiger. Ich durfte bereits einige Erfahrungen sammeln, das war total schön. Ich freue mich auf ein gutes Fest heute Abend. In diesem Sinne erkläre ich "Annahme der Wahl". Vielen Dank."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Judith, ich gratuliere dir ganz herzlich zu deiner Wahl und zu diesem überwältigenden Wahlergebnis. Ich hoffe, du hast bei deiner Fraktion nicht einen allzu schrägen Eindruck hinterlassen, weil du offensichtlich alle SVP Stimmen erhalten hast. Ich wünsche dir viele gute Erlebnisse, Erfahrungen und Begegnungen wie auch ich sie machen konnte. Hoffentlich zwickt es dich auch mal, wenn du bei einem Thema nicht mitreden und abstimmen darfst. Das gehört auch dazu. Das spezielle an dieser Wahl ist, dass es bei uns in Emmen nicht speziell ist, dass eine junge Person oder eine Frau in dieses höchste Amt gewählt wird. Das ist gut so. An dieser Stelle übergebe ich dir auch das Ratsglöcklein. Du kannst es dann für mich am Ende der Sitzung läuten lassen – damit du schon mal üben kannst. Ganz herzliche Gratulation. Herr Gemeindepräsident Rolf Born, Sie haben das Wort."

Rolf Born:

"Die Wahl der neuen Einwohnerratspräsidentin ist auch der Zeitpunkt, dem noch amtierenden Präsidenten für sein Wirken zu danken. Auch wenn, und das sei ausdrücklich betont, seine Amtsdauer noch mindestens acht Wochen dauert. Ich erlaube mir als erstes im Namen des Gemeinderates dir, Judith, ganz herzlich zum tollen Resultat zu gratulieren und wünsche dir ein super Jahr. Am 20. September 2016 haben Sie, Einwohnerrat Roland Ottiger mit 36 von 36 gültigen Stimmen zu ihrem Ratspräsidenten fürs Jahr bis 31. August 2017 gewählt. Er ist vorgängig portraitiert worden und hat sein Licht nicht ins Rampenlicht sondern wahrscheinlich unter den Scheffel gestellt. Er war vor seiner Wahl seit dem Jahr 2000 Einwohnerrat gewesen. In seiner Zeit als Einwohnerrat war er aktiv und engagiert in der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission und auch Fraktionschef der SVP, also gut vorbereitet in dieses Amt eingetreten und das hat man gemerkt. Es liegt nicht am Gemeinderat oder am Gemeindepräsidenten eine Qualifikation über das Ratsjahr abzugeben, sondern wir sagen Danke und den Dank verbinden wir traditionell mit einem Rückblick. Die Schlagzeilen vor den Wahlen waren grösser als danach die Informationen zur Wahl, diese kommen meist klein daher. Auch da, ein Hinweis an alle, welche vielleicht die Vorschau zu Judith gesucht haben. Die kommt erst kurz bevor sie ihr Amtsjahr antritt. Die Präsidentin oder der Präsident vertritt den Rat nach aussen und das ist eins der Hauptschwergewichte des Einwohnerratspräsidenten oder der Einwohnerratspräsidentin jedes Jahr. Die Ratsführung spüren und merken Sie, die Mitarbeit in der Fraktion bleibt bestehen und auch der Besuch von Kommissionssitzungen gehört dazu. Was wir wahrnehmen ist dort, wo der Präsident hin steht, dies sind die vielfältigen Besuche von Veranstaltungen, zum Beispiel die Agathafeier der Feuerwehr bei der man Grussbotschaften übergeben kann, bei allen Quartiervereinsgeneralversammlungen oder bei vielen Zusammenkünften der Emmer Organisationen. Auch Einwohnerratspräsident Roland Ottiger hat den Einwohnerrat sowie den Gemeinderat im vergangenen Jahr und auch noch die nächsten Wochen immer wieder kompetent, kurz und prägnant bei den Anlässen vertreten. Auch das gehört dazu, nicht nur reden sondern auch im Emmenmail schreiben. Worte des Einwohnerratspräsidenten an die Bürger zu bringen. Immer auch unter Berücksichtigung, dass der höchste Emmer oder die höchste Emmerin eben nicht eine Vertretung einer Stossrichtung sondern von allen ist. Wir haben interessante Grussworte von Einwohnerratspräsidenten Roland Ottiger im Emmenmail gelesen. Wie gesagt, der Dank gilt für die ersten zehn Monate. Es kommt noch etwas. Der grosse Auftritt, eins der Highlights vom Ratspräsidium, die Bundesfeier bei der wir zusammen feiern. Damit möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, Sie alle einzuladen. Nehmen Sie an dem Fest teil, einerseits um den Geburtstag der Schweiz zu feiern, andererseits um eine gute Kulisse für den höchsten Emmer und seine Botschaft zu haben, aber auch als Wertschätzung für den Quartierverein, welcher das organisiert. Die freiwilligen Helfer, welche am 1. August bereit sind für den Geburtstag der Schweiz etwas zu leisten, damit man viele Besucher hat um das Fest zu feiern. Der Gemeinderat dankt dir ganz herzlich für dein Engagement in diesem Jahr, für deine Präsenz, deine Auftritte und für die Vertretung der politischen Behörden. Du hast das gut gemacht, viele interessante Einblicke erhalten und als Dank gibt es wie immer seit 1963 die Wappenscheibe mit allen aufgeführten ehemaligen Einwohnerratspräsidenten und Einwohnerratspräsidentinnen und nun auch mit deinem Namen. Ich bin überzeugt, dass du die nächsten acht Wochen noch mit Herz und Elan die Aufgabe und den Rat sowie die Politik von Emmen vertreten wirst. Herzlichen Dank."

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Büros und deren Stellvertreter

Ratspräsident Roland Ottiger:

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Vizepräsident:	Thomas Bühler	FDP		
Sekretär:	Roland Müller	SVP		
Sekretär-Stv.:	Ramona Gut-Rogger	FDP		
Stimmzähler:	Patrick Schnellmann	CVP	Marco Huwiler	Grüne
Stimmzähler-Stv.:	Mario Bucher	SVP	Franziska Magron	CVP

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Ich bitte die Stimmzähler die Wahlzettel auszuteilen. Während des Auszählens freut es mich, die Musikgesellschaft Emmen anzukündigen und zu begrüßen, die uns etwas Musikalisches darbieten wird."

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Wir kommen zum Ergebnis der Wahlen. Stimmen erhalten und gewählt sind."

Ausgeteilte Stimmzettel	38
Eingegangene	38
Leere	0
Ungültige	0
Gültige	38
Absolutes Mehr	20

Stimmen erhalten und gewählt sind:

Vizepräsident:	Thomas Bühler (FDP)	33
Sekretär:	Roland Müller (SVP)	38
Sekretär-Stv.:	Ramona Gut-Rogger (FDP)	38
Stimmzähler:	Patrick Schnellmann (CVP)	38
	Marco Huwiler (Grüne)	36
Stimmzähler-Stv.:	Mario Bucher (SVP)	38
	Franziska Magron (CVP)	38

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Ich gratuliere allen Gewählten und möchte vor allem den Stimmzählern nahelegen, die Wichtigkeit Ihres Amtes nicht zu unterschätzen und dass auch gewisse Fitness vorhanden sein muss."

Schlusswort

Ratspräsident Roland Ottiger:

"Dies ist die letzte Sitzung die ich geleitet habe. Das Amtsjahr ist zwar noch nicht ganz zu Ende und ich freue mich sehr auf die 1. Augustrede. Zu beurteilen, ob ich mein Amt so lala oder zufriedenstellend ausgefüllt habe, liegt bei Ihnen. Physisch habe ich es sicher gefüllt. Seit 17 Jahren bin ich nun in diesem Rat und das verändert einen. Die Jacken die ich im Jahr 2000 getragen habe passen nicht mehr. Damals hatte ich eine Frisur wie Gemeinderat Urs Dickerhof, aber überwiegend deutlich dunkler. Der Unterschied zu heute ist deutlich sichtbar. Aber nicht nur auf dem Kopf, sondern auch darin habe ich mich verändert, ich habe eine "altersmilde entwickelt". Was meinem Kreislauf gut tut und eventuell meine Restlaufzeit etwas verlängert. Ich danke Ihnen allen die mich in diesem Jahr unterstützt und beraten haben. Es wird wohl niemanden erstaunen, wenn ich mich allen meinen Vorgängern anschliesse und ein ganz herzliches Dankeschön der Kanzlei unter der Leitung von Patrick Vogel zukommen lasse. Ohne sie ist man in diesem Amt hoffnungslos verloren. In diesem Sinne eine Warnung an alle meine Nachfolger: Stellen Sie sich gut mit Patrick, sonst geht es Ihnen schlecht. Ich versuche schon mal für Sie etwas gute Stimmung zu machen. Patrick, herzlichen Dank und auch dir Jasmin ganz herzlichen Dank. Damit erkläre ich diese Sitzung als beendet und wir verschieben uns nun umgehend ins Restaurant Gersag für das Apéro und die Präsidentinnenfeier. Natürlich will ich nicht jetzt schon die Verantwortung an die neue Präsidentin abschieben, darum habe ich mir eine Notglocke besorgt. Die Sitzung ist beendet."

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr

Die Einwohnerratspräsident

Die Protokollführerin

Roland Ottiger

Jasmin Scherrer

Der Sekretär

Stimmzählerin

Stimmzählerin

Christian Meister

Olivia Bucher

Illya Arnet-Clark